

CA1
EA930
F51
Jan. 1980
DOCS

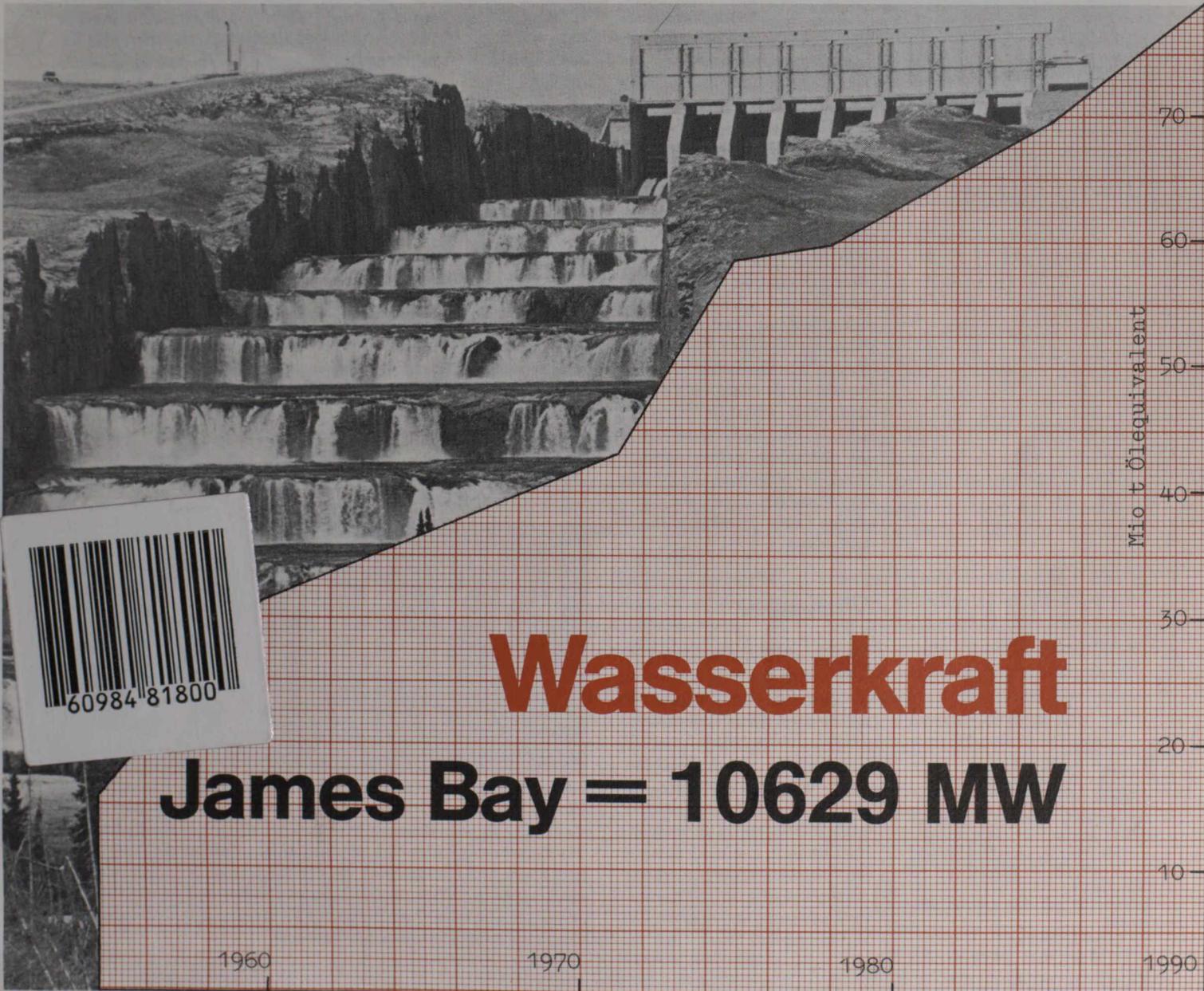
LIBRARY DEPT. OF EXTERNAL AFFAIRS
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

ISSN 0172-1666

LIBRARY E A / BIBLIOTHÈQUE A E
3 5036 01029840 7

TOCUS

canada



Wasserkraft

James Bay = 10629 MW

(Quelle: International Energy Agency [OECD])

- Parlament und Regierung – Vor großen Aufgaben
- Schwerpunktthema „Neue Medien“
- Interview – Zeit der Verantwortung
- James Bay – 10629 Megawatt Energie

Inhalt	Seite
Grußwort – David MacDonald	3
Schwerpunktthema „Neue Medien“	
Grußwort David MacDonald	3
Presse, Rundfunk, Fernsehen	8
Telekommunikation	14
Politik auf dem Prüfstand	4
Interview	10
Plattenneuerscheinungen	13

„Gesundheit!“

 Werden von Viren ausgelöste Erkältungskrankheiten bald der Vergangenheit angehören? Wissenschaftler aus Toronto und Québec haben jetzt das Heilmittel „CP-196 J“ vorgestellt, Ergebnis einer zehnjährigen Forschungsarbeit, die ein Torontoer Unternehmen und ein Québecer Institut gemeinsam durchführten, und die 1,5 Millionen Dollar kostete.

„Es könnte das erste und einzige Mittel sein, das die Erkältungen auslösenden Viren wirklich bekämpft“, meint einer der Entdecker von CP-196 J, Dr. Aurele Beaulnes. Der Torontoer Mitentdecker, Dr. Peter Ziegler, spricht von „außerordentlich ermutigenden Testresultaten“. Falls das Wundermittel die Prüfungen der staatlichen Gesundheitsbehörde erfolgreich durchläuft, wird es Konsumenten nur ein paar Pfennige kosten. Allein die Kanadier geben jährlich rund 70 Millionen Dollar für Medikamente gegen die Symptome von Erkältungskrankheiten aus.

Wintergäste

 Jahr für Jahr, kurz vor Einbruch des Winters, haben die Bewohner von Churchill an der Hudson's Bay Gelegenheit, die Durchreise ganz besonderer Wintergäste zu beobachten. Dann wird ihr Müllplatz, der rund 10 Kilometer von der Stadt entfernt liegt, zum Tummelplatz für Eisbären. Die eindrucksvollen Pelztiere kommen aus ihrem Sommerquartier in 250 Kilometer Entfernung und machen hier vorübergehend Rast, um im

Abfall nach Leckerbissen zu suchen. Umweltschutz-Beauftragte wachen in dieser Zeit rund um die Uhr darüber, daß sich kein Bär in die Stadt selbst verirrt. Nach Möglichkeit werden die Bären eingefangen und auf dem Luftweg weiter nach Norden transportiert. Geschossen werden die seltenen Tiere nur, wenn sie Menschen unmittelbar bedrohen.

Rekordbohrung

 Vor der Küste von Neufundland, rund 180 Seemeilen nordostwärts von St. John's stellte die Firma Texaco Canada im Herbst einen Tiefwasser-Bohrrekord auf: ihre Offshore-Explorationsbohrung „Blue H 26“, die in 1500 m Wassertiefe vorgenommen wurde, erreichte mit 6000 Metern – die bisher tiefste Offshore-Bohrung vom Meeresboden aus. Die Erkundungsbohrung wurde vom Bohrschiff „Discoverer Seven Seas“ ausgeführt.

Bestandsaufnahme

 15 Millionen Daten hat er seit 1970 gespeichert, der Computer, der einmal Kanada das gesamte als historisch bedeutsam anzusehende, noch vorhandene Bausubstanz registrieren soll. Der elektronische Katalog kanadischer Architekturgeschichte, von der Bundesumweltbehörde „Parks Canada“ initiiert und finanziert, gilt für eine Reihe ähnlicher Initiativen anderer Länder – so in den USA und Brasilien – als beispielhaftes Modell für eine entsprechende nationale Bestandsaufnahme. Bislang haben kanadische Konservatoren Merkmale und Charakteristika von 200 000 Gebäuden gesammelt. Barbara Humphreys, die Leiterin des Projekts, bedauert allerdings, daß sich die gesammelten Informationen vor allem auf das Äußere der Gebäude beziehen, während infolge des gekürzten Budgets eine Erfassung des vorhandenen Inventars bislang nur bei 3000 Objekten möglich war.



Neu am deutschen Himmel: mit sieben Mann an Bord setzte kurz nach 7 Uhr abends und bei Erreichung von bisherigen 77,7 Flugkörperstunden die DHC-7 als neue Maschine der Flugbereitschaft der kanadischen NATO-Einheiten in Baden-Württemberg Anfang Oktober auf. Vom Stützpunkt Lahr wird die Maschine, die sich durch besonders kurze Abhebe- und Landewege (STOL) auszeichnet, als Fracht- und Passagierflugzeug eingesetzt. Die DHC-7 der Torontoer De Havilland-Werke hat sich als ausgesprochener Exportschlager entpuppt.

Herausgeber:

Botschaft von Kanada
Friedrich-Wilhelm-Straße 18
5300 Bonn 1
Telefon 0 22 21/23 10 61. FS 886 421
Redaktion:
J. J. Moskau (verant.), Grit Porsch
Pressehaus II/209. Heussallee 2–10
5300 Bonn 1
Telefon 0 22 21/21 92 13. FS 886 660
Druck:
NVV Druck&Service
Godesberger Allee 108–112
5300 Bonn 2

Nichtredaktionelle Anfragen zu Kanada beantwortet die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft:

Dr. Paul S. Adams;
Erwin E. Hirschmann;
Astrid Holzamer, Walter Larink,
Marga Schmidt; Gretchen Kraft,
Lyn Sheward, Linda Verhoeven.

Hier wiedergegebene Meinungen sind nicht notwendigerweise identisch mit denen der kanadischen Botschaft. Artikel aus „focus canada“, sofern nicht ausdrücklich durch Copyright geschützt, können kostenfrei nachgedruckt werden.

Bitte teilen Sie uns Adressenänderungen mit.

Weitere kanadische Auslandsvertretungen:

Kanadische Militärmission und Kanadisches Konsulat, Europa-Center, 1000 Berlin 30
Kanadisches Generalkonsulat, Esplanade 41/47, 2000 Hamburg 36
Kanadisches Generalkonsulat, Immermannstraße 3, 4000 Düsseldorf
Kanadische Botschaft, Dr.-Karl-Lueger-Ring 10, 1010 Wien/Österreich
Kanadische Botschaft, Kirchenfeldstraße 88, 3000 Bern/Schweiz

Kanadisches Fremdenverkehrsamt, Biebergasse 6–10, 6000 Frankfurt/Main



Wie die meisten anderen Industrienationen befindet sich Kanada im frühen Stadium der, wie man sie heute überall nennt, „Informations-Revolution“.

Neue und schnelle technologische Entwicklungen lassen eine Unzahl neuer Produkte und Dienstleistungen entstehen und beschleunigen den Trend der letzten zehn Jahre zu einer Anpassung, einer Konvergenz traditioneller Telekommunikationsformen, Computer und elektronischer Technologien.

Diese Technologien könnten die Auslöser für eine soziale Veränderung sein, die so bedeutend ist wie die industrielle Revolution von vor zweihundert Jahren. Diese erste Revolution lieferte Maschinen, die die Muskelkraft von Mensch und Tier potenzierten oder ersetzten. Die Informations-Revolution steigert unsere intellektuelle Kraft.

Der Zugang zur Information – mit all seinen Folgen für die Selbstverwirklichung des Menschen, des politischen und wirtschaftlichen Kräftegleichgewichts sowie unzähliger weiterer Entwicklungen – wird für jedermann in wachsendem Maße offen und damit immer weniger das Monopol von Akademikern, Politikern oder Computer-Fachleuten.

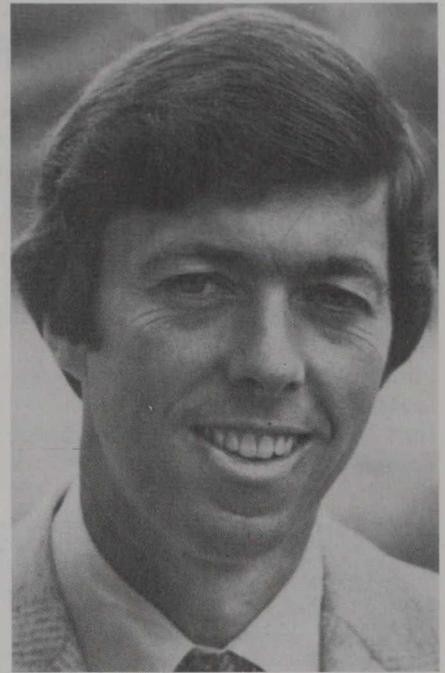
Wir erfreuen uns als Kanadier seit langer Zeit hoher internationaler Wertschätzung und einer hervorragenden Bewertung der Qualität unserer wissenschaftlichen und technischen Leistung im Telekommunikationswesen und in der verwandten elektronischen Technologie. Dies beweisen unsere Exporte von Telekommunikations-Hardware nebst dem dazugehörigen Sachverstand und unser Vorsprung bei etlichen neuen Technologien.

Bei den Entwicklungsarbeiten auf Gebieten wie wechselseitiges Fernsehen, Satellitenrundfunk und Lichtleiter-Optik steht Kanada in vorderster Reihe. Auf TELIDON bin ich besonders stolz. TELIDON, das in den Forschungslaboratorien meines Ministeriums in Ottawa entwickelt wurde, ist ein wechselseitiges Bildschirm-Text-System, das wir für das beste der Welt halten.

Bell Canada, Kanadas größter Nachrichtenträger und weltweit einer der technologisch modernsten, wird 1981 einen Feldversuch dieser Technologie mit 1000 Terminals durchführen. Mit dem Druck auf ein paar Knöpfe werden Benutzer gewöhnlicher Fernsehapparate Zugang zu den bis zu 100 000 Seiten eines Abfrage-Informationssystems erhalten. Viele andere Versuche sind geplant, und die Regierung unterstützt sie energisch.

Ein weiteres ist das des Satelliten-

Bundesminister David MacDonald – zuständig für kulturelle Belange und Telekommunikationsfragen



Die neuen Medien

Eine globale Herausforderung

Rundfunks. Im Frühherbst wurde Kanada das erste Land, das mit einem direkt ins Haus gesendeten Satelliten-Fernsehprogramm begonnen hat. Menschen, die in entlegenen Teilen unseres Landes wohnen, benutzen kleine, verbraucherorientierte Bodenstationen von nicht einmal zwei Metern Durchmesser, um das Programm unmittelbar von unserem Satelliten ANIK-B zu empfangen.

Wir hoffen, unsere Nutzung der derzeitigen experimentellen Satelliten-Dienste soweit auszuweiten, daß sie Rundfunk- und andere Telekommunikations-Angebote jenen Millionen von Kanadiern bringen, die weit weg von unseren dichtbesiedelten südlichen Regionen leben.

Auf einem weiteren hervorragenden Leistungsgebiet Kanadas führt die kanadische Regierung, zusammen mit den öffentlichen Telekommunikationsträgern des Landes, einen 6,1 Millionen Dollar kostenden Feldversuch der Technologie der Lichtleiter-Optik in einem ländlichen Gebiet im westlichen Kanada durch. Dies wird in diesem Umfang der Welt erster Test in ländlichem Gebiet sein, in dem ein optisches Verteilungssystem für vielfältige Telekommunikations-Dienstleistungen genutzt wird.

Welches sind nun die politischen Schlüssel-Überlegungen bei all diesen Fragen? Erstens wollen wir dafür sor-

gen, daß Kanada seine führende Rolle in der Forschung und Entwicklung sowie bei der Herstellung von Telekommunikations-Anlagen auf dem Binnen- und Weltmarkt behält und weiter ausbaut.

Zudem besteht die deutliche Notwendigkeit, die Bürger über die Folgerungen der Informations-Revolution aufzuklären, so daß sie sich gründlicher an der öffentlichen Debatte über die Folgen, denen sich die Regierungen der Industrienationen heute oder in naher Zukunft gegenübersehen, beteiligen können.

Wir arbeiten jetzt an einem umfassenden innenpolitischen Einstieg, um uns mit dieser Revolution so befassen zu können, daß eine ausgewogene Entwicklung von Hardware und Software, ein gleichgewichtiger Zuwachs von Produktivität und der Anpassung der Menschen an die zwangsläufigen gesellschaftlichen Gefügeveränderungen, die die Verbreitung von Mikroprozessoren in immer mehr Einzelbereiche unseres täglichen Lebens unausweichlich zur Folge haben wird, gesichert ist.

David MacDonald

Unterhauswahlen am 18. Februar 1980



Erstmals seit 1887 finden Neuwahlen zum kanadischen Unterhaus im Monat Februar statt. Das 31. Parlament wurde am Morgen des 14. Dezember nach einer wenige Stunden zurückliegenden Niederlage der Regierung Premierminister Joe Clarks bei einem Mißtrauensantrag der Opposition aufgelöst. Ein neues Gesetz, das den Wahlkampf auf 47 Tage beschränkt und Neuwahlen also etwa Ende Januar ermöglicht hätte, war noch nicht in Kraft getreten. Auch diesmal dürften lediglich die zuletzt und seit Jahren im Unterhaus vertretenen vier politischen Parteien das Rennen unter sich ausmachen.

Dies sind die:

Fortschrittlich-Konservative Partei Kanadas
 Liberale Partei Kanadas
 New Democratic Party (sozialdemokratisch)
 Ralliement des Cr ditistes

mit zuletzt 136 Sitzen
 mit zuletzt 114 Sitzen
 mit zuletzt 27 Sitzen
 mit zuletzt 5 Sitzen



Edward Broadbent
 Neue Demokratische Partei



Rt. Hon. Pierre Elliott
 Trudeau, Liberale Partei



Rt. Hon. Joseph Clark
 Fortschrittlich-Konservative Partei

Über den Tag hinaus

„Reden, ja! Aber auch Taten!“



Die Bilder dieser Wochen: Geiselnahme, militärische Intervention, Kultstätten als Rebellenfestungen, die Willkür unkontrollierter Massen einerseits, schwache Gegenkräfte andererseits. Hunger und Völkermord. Flagranter Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte. Die siebziger Jahre: gekennzeichnet von immer neuen wirtschaftlichen Eruptionen, Gefahren für das sorgfältig errichtete Gefüge einer liberalen Wirtschaftsordnung.

Und doch – es gibt an der Grenzlinie zwischen ehemaligen Feinden im Na-

hen Osten, im Bereich des südlichen Afrika, auch Hoffnungsschimmer. Und konkrete Schritte der Solidarität angesichts der Aggression, selbst wenn dies den Entspannungsprozeß beeinträchtigt. Selbstverständlich auch der Ausdruck von Empörung angesichts der jüngsten Ereignisse in Afghanistan. Wer jetzt Bilanz zieht, überschaut eine komplexe Welt, deren normative Kräfte neue Fixpunkte erkennen lassen.

„Wir sind entschlossen“, hat Kanadas Außenministerin, Flora MacDonald, auf der jüngsten UN-Vollversammlung erklärt, „ein Teil der Lösungen zu

sein, nicht ein Teil des Problems.“ Und sie hat konkrete Schritte bei der Suche nach solchen Lösungsansätzen gefordert:

„Reden, ja; aber auch Taten!“

Diese kanadische Absage an rhetorische Pflichtübungen deklamatorischer Erklärungen in immer mehr und größeren internationalen Foren, die Suche nach greifbaren Ergebnissen, z.B. bei der Hilfe für die Flüchtlinge aus Kampuchea, ist aber nicht nur Element außenpolitischen Anspruchs, sondern berührt, wie die Entwicklung der allerletzten Wochen zeigt, im besonderen auch das Land selbst.

Das Jahr 1980 stellt Kanadier jenseits etwaiger parteipolitischer Zugehörigkeit vor wenigsten zwei eminent wichtige politische Entscheidungen.

Bei den Neuwahlen zum Unterhaus Mitte Februar geht es um eine klare Wähleraussage, die die Politiker aller Schattierungen – ob mit Mehrheitsmandat ausgestattet oder nicht – in die Pflicht nähme, sie zur sachlichen Zusammenarbeit im Interesse des Ganzen zwingen wird.

Darüber hinaus geht es um eine Weiterführung der wichtigen Diskussion über die Beziehungen der Provinzen untereinander und gegenüber dem Sitz der Bundeshoheit, Ottawa. Angesichts der anstehenden großen Aufgaben, besonders auf dem Wirtschaftssektor, ist auch hier ein konstruktives Miteinander geboten.

Im frühen November, fast auf den Tag drei Jahre nach dem Wahlsieg der Parti Québécois und ihres Parteichefs, René Lévesque, veröffentlichte die Regierung der Provinz Québec ein Weißbuch, in dem sie eine neue Assoziierung zwischen Québec und den anderen Teilen Kanadas vorschlug. Das Weißbuch schlug vor, die bestehende föderale Struktur sollte aufgelöst und durch „eine neue Partnerschaft unter Gleichen“ ersetzt werden. Die Parti Québécois -Regierung schlug vor, daß die Souveränität lediglich „dem Staat Québec“ zukommen wird, so daß die Bewohner der Provinz nur von einer Regierung regiert werden und Steuern nur an Québec Cité zahlen werden; allerdings würde die Formel Assoziierung Québec und dem restlichen Kanada ein gemeinsames Zoll- und Währungswesen einräumen. Jeder würde seine eigene internationale Persönlichkeit besitzen. Gleichzeitig schlägt die Regierung von Québec vor, daß eine Reihe neuer Institutionen, in denen Québec und das restliche Kanada als Gleiche sprechen würden, die Beziehungen der Assoziierung lenken würde.

Fortsetzung S. 12

Verfassungsdebatte:

Québecs Provinzregierung – „Eine neue Übereinkunft“

Die Bevölkerung der überwiegend französischsprachigen Provinz Québec soll nach dem Wunsch der Landesregierung im Frühjahr 1980 in einer Volksbefragung darüber entscheiden, ob die Provinzregierung Verhandlungen mit dem übrigen Kanada über eine völkerrechtliche Loslösung Québecs bei gleichzeitiger Wirtschafts- und Währungsunion anstreben darf. (Wortlaut S. S. 4 „Reden ja! Aber auch Taten!“)

Fast genau drei Jahre nach Amtsantritt hat die Provinzregierung zur Referendumsdiskussion ein Weißbuch mit dem Titel „Québec-Kanada: Eine neue Übereinkunft“ (La Nouvelle Entente – A New Deal) vorgelegt. Dieses Weißbuch mit dem Untertitel „Vorschlag für eine neue Partnerschaft unter Gleichen“ fordert einen völkerrechtlich unabhängigen Status für Québec und Wirtschaftsunion mit dem übrigen Kanada.

Das Weißbuch setzt bei einer Skizzierung des historischen Rahmens der Beziehungen zwischen französischen und englischsprachigen Kanadiern an, umreißt die Entwicklung der föderalen Praxis der mehr als einhundertjährigen politischen Entstehungsgeschichte Kanadas

Fortsetzung S. 6

Ottawa – „Flexibilität des föderalen Systems“



Unmittelbar bevor die Quebecer Provinzregierung ihr Weißbuch zur Neugestaltung des Verhältnisses der Provinz zum übrigen Kanada vorlegte, äußerte sich ein Vertreter der Bundesregierung zur anstehenden Thematik.

Der Staatsminister für Beziehungen zwischen Bund und Provinzen, William Jarvis, machte in einem Interview mit der Montrealer Tageszeitung „Le Devoir“ unter anderem folgende Ausführungen:

„... wir glauben, daß neue politische oder administrative Arrangements, die mit den Provinzen auszuhandeln sind, das Konflikt- und Reibungspotential reduzieren dürfen und allen Kanadiern erkennbar machen, wer für was verantwortlich ist.

„Die Regierung ist durchaus bereit, bilaterale Vereinbarungen mit verschiedenen Provinzen und unterschiedliche voneinander abweichende Arrangements mit einzelnen Provinzen zu erwägen. Wir meinen, daß eine Bereitschaft, derartig unterschiedliche Übereinkünfte zu erwägen, unserem föderalen System jene Flexibilität zurückzugeben würde, die zur Befriedigung verschiedenartiger Bedürfnisse und Erwartungen in den verschiedenen Teilen Kanadas notwendig ist. „Darüberhinaus könnte sich dieses

Fortsetzung S. 6

Liberaler Partei Québecs – „Eine neue kanadische Föderation“

Wenige Tage nach Beginn dieses für die Diskussion um eine mögliche Neugestaltung der kanadischen Verfassung wichtigen Jahres hat die Führung der Liberalen Partei Québecs ihre Vorstellungen von einer Neuordnung vorgelegt. Danach würden alle Kanadier in einer Volksabstimmung zur Annahme einer neuen Verfassung aufgerufen werden. Einer Verfassung, die im Kern den Provinzen größere Vollmachten einräumen würde sowie einer stärkeren verfassungsmäßigen Verankerung der Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Kanadier und einer verstärkten Berücksichtigung der sprachlichen und kulturellen Belange nicht nur der englisch- und französischsprachigen Gruppen, sondern auch der Ureinwohner, also der Amerindianer und Inuit (Eskimos) Rechnung tragen würde.

Das Paket von Vorschlägen, enthalten in einem 141 Seiten starken Dokument mit dem Titel „Eine Neue Kanadische Föderation“ unterstreicht den Gedanken des föderalen Zusammenhalts Kanadas, spricht sich aber in seinem Kernpunkt für die Neugestaltung der parlamentarischen Entscheidungsprozesse auf Bundesebene aus. Québecs Hauptoppositionspartei

Fortsetzung S. 6

Oberster Gerichtshof bestätigt Zweisprachigkeit



Kanadas Oberster Gerichtshof, the Supreme Court of Canada, hat am 13. Dezember 1979 in zwei einstimmig gefaßten Entscheidungen Gesetze der Provinzen Manitoba und Québec als nicht verfassungskonform zurückgewiesen, die den Status jeweils einer der beiden offiziellen Landessprachen, Englisch und Französisch, schmälerten.

So habe es die Vollmachten des Provinzparlaments von Manitoba überstiegen, der französischen Sprache 1890 den Rang einer Amtssprache abzuerkennen, einschließlich der Zulässigkeit der französischen Sprache vor den Gerichten der Provinz.

In einer zweiten Entscheidung erklärte der Supreme Court, es habe gleichermaßen die Vollmachten des Québecer Provinzparlaments überstiegen, 1977 mit dem sogenannten Bill 101 die Anwendung der englischen Sprache als Amtssprache, sowohl in der Formulierung von Gesetzen, als auch im Gebrauch vor den Gerichten einzuengen. Das Québecer Provinzparlament hat zwischenzeitlich alle 311 seit 1977 ausschließlich in französischer Sprachfassung erlassenen Gesetze noch einmal in ihrer englischsprachigen Version verabschiedet.

In Manitoba, wo nunmehr Tausende seit 1890 ausschließlich in englischer

Sprache ergangene Gesetze auch in der zweiten Landessprache nachzuvollziehen sind, rechnet man zunächst mit Übersetzungskosten von etwa 20 Mio. Dollar, bevor das dortige Parlament sie erneut, diesmal in ihrer französischen Fassung, verabschieden kann.

Das Supreme Court folgte mit seiner Entscheidung ausdrücklich einer vom Québecer Appellationsgericht getroffenen Formulierung, wonach der Gebrauch beider Amtssprachen im British North America Act, der kanadischen Verfassung, verankert sei. Keine Provinz habe das Recht, die Verfassung zu ändern.

Fortsetzung von S. 5

und argumentiert zum Schluß, daß ein Verbleib Québecs in der kanadischen Völkerfamilie – schon aufgrund der zahlenmäßigen Unterlegenheit der frankophonen Bevölkerung – unweigerlich zu einer Unterordnung Québecer Interessen führe.

Die Québecer Regierung schlägt statt dessen eine Assoziierung mit dem übrigen Kanada vor. „In der heutigen Welt“, so heißt es im Weißbuch, „kann keine Nation, ob groß oder klein, in Isolation leben. Interdependenz ist, bedenkt man die wirtschaftlichen Vorteile, weit davon entfernt, so hemmend zu sein, wie manche glauben. Sie kann, ganz im Gegenteil, zu bereichernden Formen der Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Handeln führen und dadurch das gegenwärtige und zukünftige Schicksal der daran beteiligten Gesellschaften verbessern helfen.“

Im Vorwort zum Weißbuch umreißen die Autoren noch einmal Schlußfolgerungen und Erwartungen:

„Die Regierung von Québec hat die Überzeugung gewonnen, daß unsere Entwicklung als Volk einer Transformation des heutigen Föderalismus in eine Assoziation bedarf, in der Québec als Teil einer Wirtschafts- und Währungsunion, alle Vollmachten eines souveränen Landes, genau wie Kanada, haben würde. Diese neue Übereinkunft unter Gleichen ist der einzige Weg, der uns aus der Vergangenheit durch die Anforderungen unserer Tage in eine Zukunft führt, die uns gehört.“

Fortsetzung von S. 5

Element der Flexibilität als nützlich erweisen, unser föderales System den Anforderungen der sprachlichen Dualität Kanadas besser zu entsprechen sowie den besonderen kulturellen Bedürfnissen französischsprachiger Kanadier in Québec wie den anderen Landesteilen wirksamer entgegenzukommen.

„Schließlich noch dies: es scheint möglich, viele dieser neuen politischen und administrativen Arrangements innerhalb des von der gegenwärtigen Verfassung gesteckten Rahmens durchzuführen, wir können aber absehen, daß es Fälle gibt, in denen die verfassungsmäßigen Vorkehrungen, die die Väter der Konföderation vor mehr als einem Jahrhundert niederlegten, nicht gerecht werden. . . .

Unter diesen Umständen würde die föderale Praxis eine Änderung der Verfassung notwendig machen, und die Bundesregierung wird, mit Zustimmung der Provinzen, nicht zögern, entsprechend zu handeln.“

Er geht von der Feststellung aus, daß „alle auf Bundesebene vertretenen politischen Parteien die Notwendigkeit einer ausreichend starken Zentralregierung akzeptieren, einer Bundesregierung, die grundlegende Dienstleistungen, Instrumentarien des wirtschaftlichen Wachstums und der nationalen Koordination garantieren kann und bei der Einbringung und Artikulierung politischer Zielsetzungen auf nationaler Ebene handlungsfähig ist. Wo es um das nationale Interesse geht, müssen endgültige Verantwortung und letzte Hoheit beim Bundesparlament liegen.“

Fortsetzung von S. 5

befürwortet die Abschaffung des heutigen kanadischen Oberhauses, des Senats, dessen Mitglieder von der Bundesregierung bestimmt werden, und an Stelle des Senats die Schaffung eines Bundesrates, dessen Mitglieder ausschließlich von den Regierungen der Provinzen ernannt und an diese weisungsgebunden sein würden.

Die zahlenmäßige Zusammensetzung des Bundesrates sollte der demographischen Stärke der einzelnen Provinzen entsprechen, allerdings müßte Québec wenigstens 25 vH der Sitze erhalten, die zahlenmäßig schwächeren Provinzen müßten eine leichte Überrepräsentanz haben.

Das Dokument schlägt Erwägungen zur Einführung des Mehrheitswahlrechts für das Unterhaus und eine zeitliche Begrenzung der Legislaturperioden auf vier Jahre vor. Das Dokument schließt mit den Sätzen:

„Das Kanada von morgen wird ein Land mit besseren Grundlagen und besser definierten Zielen sein müssen, als sie in der Britisch Nordamerika Akte (der heutigen Verfassung – d. Red.) fixiert sind. Es muß sich gründen

– auf ein unverrückbares Fundament der Freiheit des einzelnen, dieser alleinigen Absicherung der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz und seinen politischen Instanzen;

– auf der aufrichtig bekannten Gleichheit der beiden Völker, die das moderne Kanada gründeten und die dem Land seine eigene Persönlichkeit in der Völkerfamilie verleihen....“



Die enge Zusammenarbeit alliierter Einheiten wird verbessert. Generalleutnant Gero von Ilseman, Kommandeur des II. Korps, und Brigadegeneral J. A. Fox, Kommandeur der kanadischen Brigadegruppe, setzten ihre Unterschriften unter eine sogenannte gemeinsame Felddienstweisung – Grundlage für gemeinsam und gemischt operierende Einheiten beider Truppen.



Die in der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vereinbarte Beobachtung bestimmter Truppenmanöver von Einheiten der NATO und des Warschauer Paktes hatte in diesem Herbst einen Besuch osteuropäischer, aber auch chinesischer Militärs bei kanadischen Einheiten während der NATO-Manöver „Constant Enforcer“ zur Folge.

Sauber, Sicher, Wasserkraft

James Bay: 10 629 MW



Die Tabellen, Skalen und Hochrechnungen der Energiewirtschaft sind in diesen Jahren nicht einfacher geworden. Die Argumente noch weniger überschaubar. Eine knappe Formel aber hat und hält Beständigkeit: H_2O bleibt! C ist vergänglich!

H_2O , unser aller täglich notwendiges Wasser bleibt erhalten, C = Kohlenstoff = Kohle, im erweiterten Sinne auch Erdöl und Erdgas, verbrennt, ist endlich; ja, wir fangen an, uns Sorgen zu machen, was wird ohne sie.

Wenn Québecs Energieminister Guy Joron die Formulierung gebraucht, „Wasser ist unser fließendes Gold“, dann mit gutem Grund.

Im Land mit den größten Frischwasserreserven der Welt verfügt Québec allein über 40 Prozent der verfügbaren Kapazität. Was vor Jahren allenfalls Statistiker, Geologen und Geographen beschäftigte, hat jetzt „elektrisierende“ Dimensionen angenommen. Die großen Flüsse des Québecer Nordens werden an die Leine gelegt, die Kraftstromleine eines gigantischen Stromerzeugungsnetzes, das in seiner Riesenhaftigkeit einmalig in der Welt da steht.

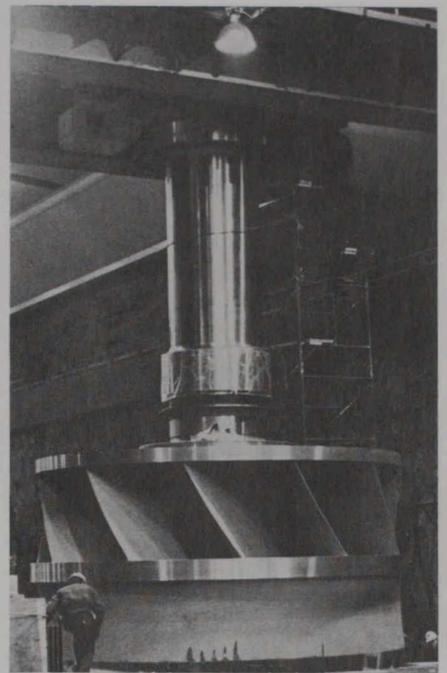
Seit dem 27. Oktober ist der erste Teil – La Grande 2 (LG 2) – der ersten Phase des Großprojektes der Société d'énergie de la Baie James (SEBJ),

rund 900 Luftlinien-Kilometer nördlich von Montréal Wirklichkeit.

Die Ausgangsleistung dieses zweitgrößten Wasserkraftkomplexes der Welt (nach Itaipu, Brasilien) von zunächst 330 Megawatt (MW) Kapazität soll bis 1982 auf 5328 MW und später, durch die Kraftwerke LG 3 und LG 4, auf sagenhafte 10 629 MW Kapazität gesteigert werden.

Anders ausgedrückt: Über die Stromleitungen aus dem Baie-James-Gebiet werden nach Abschluß der Arbeiten jährlich 68 Mrd. Kilowattstunden Leistung in Richtung Süden fließen, soviel wie Österreich und die Schweiz zusammen 1976 an Elektrizität erzeugten.

Hinter dieser neuen Energiequelle – die eben nicht endlich sondern, um mit den Indianern zu reden, „solange die Sonne scheint und die Wasser fließen“ dem Menschen nutzbar sein wird – steht eine kolossale Entwicklungsleistung in unwirtlicher Gegend, in einem Areal, dessen Dimension den deutschen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, das Saarland bequem Platz böte und noch das halbe Schleswig-Holstein unterbringen könnte. Auf diesem Gebiet von rund 176 000 qkm sind zunächst sechs große Stauseen, 170 Dämme, fünf kleine und mittlere Flughäfen, ein Straßennetz von insgesamt

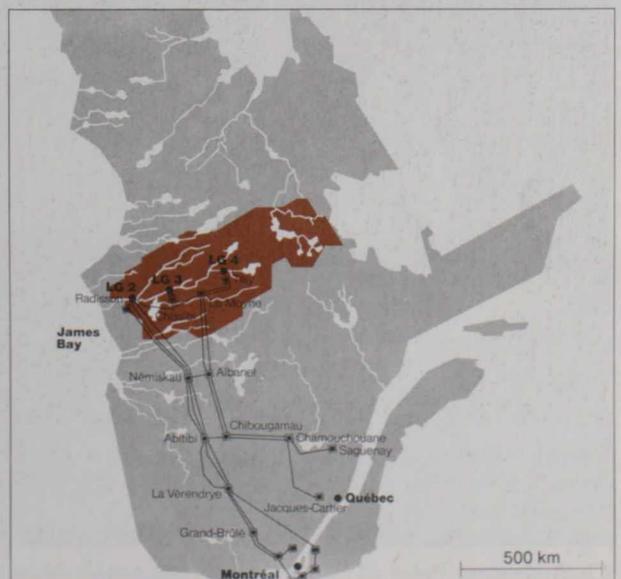


1500 Kilometer Länge entstanden. Der für das Kraftwerk LG 2 notwendige Stausee allein hat ein Fassungsvermögen von 61,7 Milliarden m^3 , er nimmt 300 mal soviel Wasser auf wie die Eder-Talsperre, fast sechsmal soviel wie das Grundwasserjahresaufkommen der Bundesrepublik Deutschland. Auf seiner Oberfläche von 2835 qkm hätten das ganze Saarland und das halbe West-Berlin Platz.

Das Investitions- und Leistungsaufkommen ist entsprechend. Die Kosten der Ersten Phase des Baie-James-Projektes werden heute mit 15,1 Mrd. Dollar angegeben, in den letzten zwölf Monaten waren bis zu 20 000 Frauen und Männer im Einsatz, um das Vorhaben voranzutreiben. Schon die Ausbeute der ersten Projektstufe ersetzt einen Ölverbrauch von 150 000 barrels täglich, also weit über acht Millionen Tonnen Rohöl im Jahr.



Ohne Versorgungsflüge bei Tag und Nacht wäre der Bau im weitgehend unerschlossenen Nord-Québec nicht möglich gewesen.



Neue Impulse für Kanadas Medien

Eigenständige Vielfalt



Vielleicht ist tatsächlich etwas an der Geschichte, daß man den Torontoer Fernsehturm zwischen Front Street und Bahnkörper auf eine Höhe von 541 m hochzog, nur um den Moskauer Turm um vier Meter zu übertreffen.

Jedenfalls hat sich dieser Turm, der unzweifelhaft elegant schwungvoll dasteht, zu einem Symbol für die Wiederbelebung der kanadischen Medienlandschaft entwickelt. Noch dazu als Ausrufezeichen der zentralen Rolle, die Toronto und besonders die Bannmeile um die Front Street zum Mezzentrum Kanadas gemacht haben.

Die größte Tageszeitung des Landes, „The Toronto Star“, erscheint wenige hundert Meter entfernt, die als gemäßigt konservativ eingestufte Morgenzeitung „The Globe and Mail“ wird fast im Schatten des Turms ediert und gedruckt.

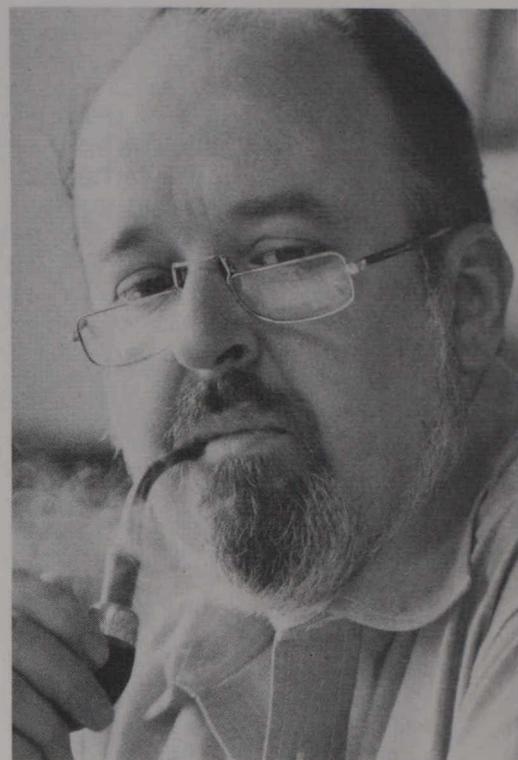
Nur wenige Straßenzüge weiter befinden sich die Büros von Maclean-Hunter Ltd., die als größtes Verlagshaus ein Füllhorn an Publikation auf den Markt werfen, allen voran ein Nachrichtenmagazin. Ein Nachrichtenmagazin

„Maclean's“, das sich auf dem härtesten Markt der englischsprachigen Welt spektakulär durchgesetzt hat. Chefredakteur Peter C. Newman: „Ich glaube nicht, daß ‚Time‘ oder ‚Newsweek‘ (die beiden größten U.S.-Nachrichtenmagazine – d. Red.) unsere Konkurrenten sind. Unsere Konkurrenz ist ‚time‘ (Zeit), mit einem kleinen T“.

Peter Newman sieht sein Produkt als „ein potentiell machtvolles Instrument, das die Art, in der Kanada sich selbst sieht, durchaus ändern könnte.“ Und daß Kanadier Newmans Einladung, sich selbst und ihr Land kritisch zu sehen, zunehmend folgen, zeigt eine Auflagensteigerung von insgesamt neun Millionen Exemplaren 1971 auf 33 Millionen in diesem Jahr.

„Maclean's“ erscheint, nachdem es zuvor monatlich und dann 14tägig gedruckt wurde, seit gerade einem Jahr auf wöchentlicher Basis.

Bescheidener, aber ähnlich erfolgreich, hat sich wiederum entlang der Front Street, Robert Fulford als Chefredakteur von „Saturday Night“ durchgesetzt. Als man die etwas altersgraue

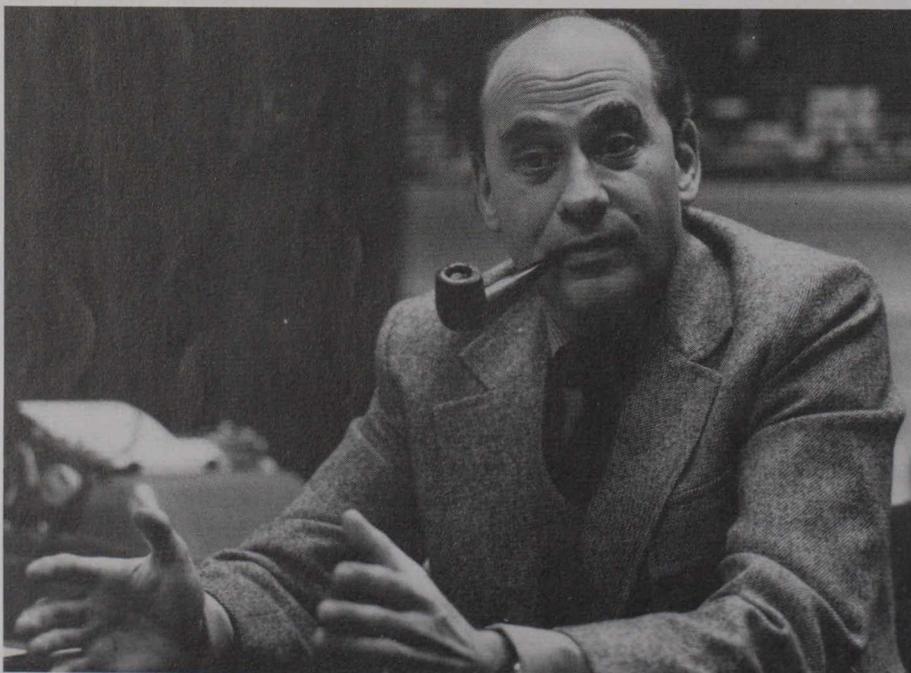


„Saturday Nigh“-Chef Robert Fulford – Kultur – großgeschrieben

Zeitschrift 1975 aufzumöbeln begann, hatte sie eine Auflage von 58 000. Heute liegt sie doppelt so hoch.

Was weder heißt, daß es Kanadas Herausgebern unglaublich gut geht, noch auch, daß die Industrie als ganzes gesund ist und munter. Als „The Montreal Star“ vor wenigen Monaten einging, verlor die noch immer größte Stadt des Landes ihre wichtigste englischsprachige Tageszeitung. Zwischenzeitlich gibt es zwar Pläne, die Medienlandschaft in der Québecer Metropole um ein neues Blatt anzureichern, momentan aber beherrscht hier „The Gazette“, als einziges anglophones Organ, den Markt. Auf der französischsprachigen Seite liefern sich wenigstens drei bedeutende Tageszeitungen einen erbitterten Konkurrenzkampf, darunter „La Presse“ und die kleine, aber ob ihres hohen Intelligenzschritts hoch respektierte und anspruchsvolle Morgenzeitung „Le Devoir“, die zu Zeiten stark konservativer Regierungen in den fünfziger Jahren so etwas wie semi-offizielle Opposition darstellte.

Im Bereich der elektronischen Medien herrscht nicht weniger Turbulenz. Die öffentlich-rechtlichen Canadian Broadcasting Corporation (CBC) mit ihrem umfangreichen Fernseh- und Hörfunknetz nicht nur von Küste zu Küste, sondern, über Satelliten, auch in den hohen Norden hinauf kämpft mit vollem Engagement um ihren Marktanteil gegen Privatgesellschaften wie



Chefredakteur Peter C. Newman von „Maclean's Magazine“



CANADA

„Kanadas Beziehungen zu Europa“



Rede der kanadischen Außenministerin, Flora MacDonald, vor dem Kanadischen Institut für Internationale Fragen (Canadian Institute of International Affairs) und dem Zentrum für Internationale Studien an der Universität Toronto am 6. Dezember 1979.



Kurz nach der Wahl habe ich eine Überprüfung der Außenpolitik durch die Regierung angekündigt. Seither habe ich eine Reihe von Fragen, von denen ich meine, daß sie in einer solchen Untersuchung angesprochen werden sollten, vorgeschlagen. Der Premierminister hat sich für eine „so umfassend wie mögliche Überprüfung in möglichst großer Öffentlichkeit“ ausgesprochen...

Die Untersuchung wird gründlich sein. Sie kann nicht endlos sein, das Parlament wird den Bericht des Untersuchungsausschusses Mitte 1980 benötigen. In der Zwischenzeit muß man einige Entscheidungen treffen, und wir sind schon dabei, sie zu treffen: über Rhodesien, über Kampuchea; über den Iran. Man darf dem Krisenmanagement nicht erlauben, ein Vorriffsrecht auf ernsthafte Überlegungen über die Art Welt zu haben, in der wir Kanadas Interessen zu dienen versuchen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich über einen wichtigen Teil dieser Welt nachdenken, über Europa. Dies können Sie als einen persönlichen Beitrag zu dieser Diskussion ansehen, von dem ich hoffe, daß der Ausschuß genügend Zeit finden wird, um ihn auf seine umfangreiche Tagesordnung zu setzen.

Ich halte es für besonders günstig, daß wir dieses Thema hier in Toronto ansprechen. Die europä-

ischen Ursprünge unseres Landes sind nirgendwo deutlicher, die kosmopolitische Qualität der Stadt erinnert ständig an die Lebenskraft, die die Einwanderer diesem Land gebracht haben. Sie erinnert uns an den einzigartigen Charakter Kanadas. Wir leben komfortabel mit Europas Kultur, seiner Geschichte und seinen Sprachen, aber Kanadier europäischer Herkunft empfinden es besonders deutlich, daß wir in Kanada eine offenere Gesellschaft haben als in den älteren europäischen Ländern, eine Gesellschaft, die weniger status- und stammesbewußt ist, die vielleicht eine einmalige Gelegenheit zur Selbstverwirklichung und zur Erfüllung von Familienwünschen bietet. Bei der Betrachtung unserer europäischen Bindung können wir deshalb diese tiefen historischen und kulturellen Bande anerkennen und dabei aber auf unsere Abgeschlossenheit vertrauen.

Die Regierung hat bislang wenig Spezifisches über ihre Politik gegenüber Europa gesagt. Bestimmte breite Linien wurden skizziert; die Betonung lag dabei auf Kontinuität; Kontinuität in der Verfolgung unserer NATO-Verpflichtungen; Kontinuität bei der Suche nach engeren Beziehungen zu der sich entfaltenden Europäischen Gemeinschaft; Kontinuität in der Bestärkung und Ausweitung von Entspannung als Rahmen, in dem die Ost-West-

Beziehungen verfolgt werden sollten; und Kontinuität in der Entfaltung der reichen Vielfalt von Möglichkeiten, die Kanada in seinen bilateralen Beziehungen mit europäischen Ländern nutzen kann.

Die Betonung von Kontinuität ist sinnvoll. Sie zeigt unseren Verbündeten und Partnern, daß sie auf Kanada als ständigen und verlässlichen Freund rechnen können. Allen europäischen Ländern zeigt sie, daß kanadische Interessen stark an Europa gebunden sind. Sie zeigt, daß Kanada die Probleme der Sicherheit und Zusammenarbeit nicht in einer Haltung von Kampfeslust und Konfrontation angeht, sondern mit nüchternem Realismus und im starken Bewußtsein der menschlichen Dimension dieser Probleme. Gleichzeitig besteht aber auch die Notwendigkeit einer Neubewertung. Seit einiger Zeit zeigt sich deutlich, daß die Ausdehnung und Konsolidierung der Europäischen Gemeinschaft für Kanada komplexe Probleme aufwirft, die unserer ernsthaften Aufmerksamkeit bedürfen. Sie werden sich daran erinnern, daß die letzte systematische Betrachtung der europäischen Beziehungen in der sogenannten „Dritten Option“ resultierte, aus der ihrerseits das Rahmenabkommen (von 1976 – d.Red.), die sogenannte „vertragliche Bindung“ hervorging.

Die Schlußfolgerung, daß man zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zu wählen hätte, war, aus welcher Absicht auch immer entstanden, unglücklich. Die Beziehung zu den Vereinigten Staaten wird auch weiterhin mit Abstand Kanadas wichtigste Einzel-Auslandsbeziehung sein. Es ist unvorstellbar, daß wir versuchen würden, diese Beziehung anders als im Sinne engster Zusammenarbeit zu sehen. Darüber hinaus werden die industriellen Demokratien Westeuropas sowohl individuell wie durch die Europäische Gemeinschaft in unserer Außenpolitik als Wirtschaftspartner, als Verbündete und als Teilhaber eines gemeinsamen Erbes von Geschichte, Kultur und Institutionen einen Platz wichtiger und permanenter Bedeutung einnehmen.

Akzeptiert man all dies, gibt es, meine ich, drei umfangreiche Fragen, die in den kommenden Monaten unsere Aufmerksamkeit finden sollten. Erstens: Wie können wir erreichen, daß der Gemeinschaft unsere Standpunkte und Interessen zu einer Zeit deutlich werden, in der die Mitglieder ihre ganze Energie auf die innere Harmonisierung ihrer Politik verwenden? Zweitens: Was können wir unternehmen, um den gemeinsamen Nutzen in den Bereichen Handel, Investition und Technologie – Austausch zu steigern? Drittens: Wie können wir unsere Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen in Europa verklammern, so daß sie sich gegenseitig unterstützen oder daß zumindest die wichtigsten Bestandteile unserer Politik in wechselseitige Konkurrenz miteinander treten?

Die Antworten auf diese Fragen würden, so meine ich, unsere Beziehungen zu Europa von neuem stärken und in den kommenden Jahren anregende Möglichkeiten eröffnen.

Lassen Sie uns einen Augenblick lang die Frage der Konsultation erforschen. Politische Probleme der Art, wie Kanada sie in der Europäischen Gemein-

schaft erlebt, haben ihr Gegenstück in den Beziehungen mit der NATO und in bilateralen Beziehungen. Unser Problem besteht einfach darin, wie sich unsere Bedeutung am besten in der Unterstützung unserer Interessen niederschlagen kann. Mit diesem Problem haben wir uns zu befassen, seitdem Kanada eine unabhängige Politik betreibt: Denken Sie beispielsweise daran, wie schwierig es für die Regierung im Krieg war, sicherzustellen, daß Kanada bei den Alliierten Beratungen entsprechend seinen wirtschaftlichen und militärischen Beiträgen zum gemeinsamen Kriegsaufwand angemessen gehört wurde.

Einer der Hauptgründe dafür, daß Kanada die Schaffung der NATO ausdrücklich unterstützte und seither ein nimmermüder Befürworter von Konsultationen innerhalb der Allianz war, bestand einfach darin, sicherzustellen, daß die großen Fragen von Frieden und Krieg nicht über unseren Kopf hinweg und ohne Berücksichtigung unserer Interessen getroffen wurden. Der gleiche Gedanke steht auch hinter unserer Beteiligung an der OECD: die Hoffnung nämlich, daß beständige, organisch gegliederte Konsultationen zwischen engen Wirtschaftspartnern ein dauerhaftes Feingefühl für die besonderen Belange des anderen entstehen lassen würden.

Mit der Schaffung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und deren Erweiterung von den Sechsen zu den Neunen wiederholt sich die Geschichte. Diesmal waren wir draußen. Wie konnten wir uns dagegen absichern, daß unsere Interessen nicht überfahren oder ignoriert würden? Dies war eines unserer Motive für die Verhandlungen über das Rahmenabkommen zwischen Kanada und der EG. Obgleich ich das Abkommen aus anderen Gründen kritisiert habe, halte ich es für kein falsches Instrument, das sicherstellt, daß ein ständiger Beratungsmechanismus es erlaubt – tatsächlich verpflichtet er uns dazu –, den Problemen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Kanada und der EG systematisch zu begegnen.

Anfangs warfen die Wirtschaftsgipfel-Konferenzen dieselbe Art von Problemen auf. Zu Beginn waren wir, obgleich wir das gleiche wirtschaftliche Gewicht aufwiesen wie zumindest einer der anderen Beteiligten, davon ausgeschlossen. Kanada mußte seinen Anspruch geltend machen, um auf dem Gipfel direkt gehört zu werden, und nach einigen Schwierigkeiten wurde dem kanadischen Anspruch stattgegeben.

Sie mögen an all dem nichts Besonderes finden, da jedes Land Wege finden muß, die sicherstellen, daß seine Stimme gehört wird und seine Interessen beachtet werden. Das ist richtig. Aber dies ist ein ständiges Problem unserer außenpolitischen Beziehungen, besonders den Ländern Westeuropas gegenüber. Sie sind eine besonders mächtige Gruppe von Staaten. Große und mächtige Staaten sind immer versucht, ihre eigenen Interessen zu verfolgen und den Interessen anderer nicht mehr Beachtung als nötig zu schenken. Gleichzeitig aber sind sie sich automatisch der Interessen der Vereinigten Staaten bewußt: normalerweise neigt man nicht dazu, eine Supermacht zu übersehen. Doch sie (diese Staaten – d.Red.) sind sich nicht automa-

tisch der kanadischen Interessen bewußt und sind zuweilen geneigt, anzunehmen – ganz zu Unrecht –, daß alle Nordamerikaner gleich sind, und daß Kanadas Interessen, wenn sie offenbar werden, sich einfach als eine Erweiterung der Interessen der Vereinigten Staaten entpuppen werden.

Dieses Problem – in unserer Europapolitik ist es grundlegend – verschwindet nicht. Ich glaube im Gegenteil, daß es sich wiederholt und in Zukunft sogar noch mehr zuspitzen könnte. Die EG ist dabei, ihre Mitgliedschaft weiter auszudehnen. Bei allen Schwierigkeiten entwickelt sie sich doch in Richtung auf größere Einheit sowohl in ihren wirtschaftlichen als auch ihren politischen Dimensionen. Dies ist eine für die Zukunft hoffnungsvolle Bewegung, die in Kanada Beifall findet. Aber sie birgt für uns die Gefahr, daß einige unserer nächsten Freunde in zunehmendem Maße in wichtigen Fragen gemeinsame Positionen unter sich erarbeiten – Positionen, die wir, ohne konsultiert worden zu sein – aufgefordert werden können, zu akzeptieren oder zu unterstützen.

Ich will nicht übertreiben. Es gibt für uns viele Möglichkeiten, Probleme, wenn sie entstehen, zu diskutieren, und wir verfügen über eine ganze Menge Konsultationserfahrung. Trotzdem bleibt das Problem bestehen, und auf kanadischer Seite wird zielbewußte Diplomatie vonnöten sein, die sicherstellt, daß unsere Stimme in der Gemeinschaft gehört wird.

Ebenso deutlich wird die Notwendigkeit einer aufmerksamen und zielstrebigem Richtung unserer Beziehung, wenn wir uns dem Bereich der Wirtschaft zuwenden. Trotz einiger enttäuschender Zahlen bei der Handelsausweitung sind die hochindustrialisierten Demokratien Westeuropas eine der wenigen Quellen der Welt für hochentwickelte Technologie. Als solche bietet sie Kanada zahllose Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Zahllose Beispiele könnten hier angeführt werden; ich will Ihnen nur eines vortragen.

Das an Energie knappe Europa blickt zunehmend nach Kanada als einer sicheren Versorgungsquelle. Und Kanada ist darauf vorbereitet, neue Energiequellen über seinen Eigenbedarf hinaus zu entwickeln und zu exportieren. So haben Frankreich und Deutschland beispielsweise große Investitionen für die Uran-Exploration in Saskatchewan und anderswo vorgenommen. Die erste Technologie-Generation, die zur Ausbeutung der Teersande genutzt wird, ist deutschen Ursprungs; sie wurde für die Arbeitsbedingungen in Kanada entwickelt und angepaßt. Als die „Manhattan“ ihre Jungfernfahrt unternahm, um die Möglichkeit von Tanker-Routen durch die Arktik zu testen, war ihr Rumpf entsprechend von Forschungsergebnissen in Finnland und Polen modifiziert worden. Wenn es einmal dazu kommt, daß wir verflüssigtes Erdgas durch die Arktis verschiffen, dann mag die dabei angewandte Technologie französisch sein, das Erschließungskapital und der Markt europäisch. Und wenn ein Atomeisbrecher benötigt wird, um voranzufahren, dann könnte auch sein Antriebssystem europäisch sein. Kurz gesagt, die Entwicklungen auf dem Energiesektor in der nächsten Generation könnten neue

und umfassende Verbindungen zwischen Kanada und Europa schaffen. Doch es bleibt in diesem und in anderen Bereichen unsere Aufgabe, sicherzustellen, daß dieser wechselseitige Nutzen eine langfristige Entwicklung ist und dem kanadischen Volk wichtige Vorteile bringt. Ich hoffe sehr, daß der Überprüfungsprozeß einen Anreiz zu neuen Ideen und Analysen dieses Problems gibt.

Lassen Sie mich drittens kurz einen Blick auf den Sicherheitsbereich werfen. Eine der Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, in Konsultationen mit unseren Verbündeten und in einem so konstruktiv wie möglichen Dialog mit den Ländern Osteuropas, ist das Spannungs-Management. Die Entspannungspolitik hat ihre Skeptiker angezogen. Trotzdem spannt sie den Rahmen, innerhalb dessen sich die Ost-West-Beziehungen entwickeln sollten. Maßgebende Stimmen sagen uns, daß es zur Entspannung keine Alternative gibt; daß Entspannung verstärkt und ausgedehnt werden muß; daß sie irreversibel ist oder gemacht werden muß.

Es stimmt, daß es viele gibt, die aus dem Verhalten der Sowjetunion in der Entspannungspolitik tiefe Zweifel ableiten, besonders wo es um die Anhäufung neuer Waffensysteme und die langfristige Absteckung der Sowjetmacht geht.

Wir müssen uns ernsthaft mit diesen Dingen auseinandersetzen, aber nicht verzweifeln. Solange es keinen wirklichen Fortschritt in der Abrüstung gibt, werden starke Militärverbände weiterbestehen. Ihre Waffen werden veralten und von Zeit zu Zeit durch neuere ersetzt werden müssen. Dies wird für die Sowjetunion und ihre Verbündeten ebenso gelten wie für die NATO. Es ist notwendig, an einem bestimmten Punkt das Wettrüsten zu beschneiden; und beiderseitig anerkennen, daß eine Art groben Gleichgewichts existiert, und versuchen, diesen Prozeß beizubehalten und schließlich diesen Prozeß umzukehren.

Dies ist schwierig, aber nicht unmöglich. Darum geht es, bezogen auf den Stand der Interkontinental-Waffen-Systeme bei SALT I und SALT II. Wenn der Senat der Vereinigten Staaten bald SALT II ratifiziert, sehen wir möglicherweise den Beginn eines Endes der Kernwaffen-Spirale, zumindest in einigen ihrer Erscheinungsformen. Dann wird das Problem darin bestehen, diesen Prozeß fortzusetzen und auszuweiten, darauf zu achten, daß er auf neue wie auf alte Waffensysteme angewandt wird, im Kampfgebietseinsatz von Kernwaffen wie bei Interkontinentalssystemen, konventionellen wie Kernwaffen.

Was Europa anbelangt, so bedarf es keiner Visionen, um vorauszusehen, daß hier etwas derartiges geschehen könnte. Es gibt zahlreiche Fäden. Einige ziehen sich durch die Wiener MBFR-Gespräche; andere durch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; und noch andere durch den Apparat der Militärbündnisse. Vielleicht werden wir noch andere Kanäle entdecken, die sich für alle Aspekte der Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa anbieten. Gegenwärtig sind die Aussichten verwirrend und undurchsichtig.

Allerdings stehen zwei Dinge noch aus: es besteht die allgemeine Zustimmung, daß in Europa ein sta-

biles Sicherheitsgleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau der Militärkräfte erreicht werden könnte; und es hat in den letzten Monaten eine ungewöhnliche Entfaltung von Vorschlägen beider Seiten gegeben, wie sich ein solches Gleichgewicht erreichen ließe. Bedeutet das, daß – ungeachtet einiger entgegenstehender Anzeichen – die Chancen eines Fortschritts in der Rüstungskontrolle und der Abrüstung in Europa derzeit besser sind als zu irgendeiner Zeit in der jüngsten Vergangenheit? Möglicherweise ja. Wir dürfen gewiß keine vernünftige Chance auslassen, die Möglichkeit zu prüfen. Das sind die entscheidenden Fragen, die den Debatten im Nordatlantik-Rat zugrundeliegen werden . . . Doch wird dies weder ein kurzer noch ein einfacher Prozeß sein, und während er sich hinzieht, werden wir dafür sorgen müssen, daß unsere eigenen militärischen Kräfte den Erfordernissen eines qualitativen wie mengenmäßigen Gleichgewichts auf dem bestehenden Niveau entsprechen. An diesem Punkt müssen wir uns etwas Zeit nehmen, um unseren nationalen Beitrag zu überprüfen. Die Frage, die sich mit unserem angemessenen Beitrag zur Nato befaßt, ist alt, aber deshalb in der gegenwärtigen Situation keineswegs irrelevant. Ich schlage vor, daß unsere Diskussion von drei Grundgedanken ausgehen sollte. Erstens muß unser Beitrag für die Erfordernisse der NATO, wie sie von unseren Verbündeten und uns selbst verstanden werden, relevant sein. Zweitens muß er mit dem Gesamtverständnis unserer verteidigungspolitischen Erfordernisse schon vereinbar sein. Und drittens muß er ein wirkungsvoller Hinweis darauf sein, daß die Bereiche der Sicherheit und der Wirtschaft miteinander verflochten sind. Während wir unserer Verantwortung in dem einen Bereich nachkommen, müssen wir sicher sein, daß unsere europäischen Verbündeten unseren Bedürfnissen auf dem anderen Sektor Verständnis entgegenbringen.

Was können wir gleichzeitig in anderer Hinsicht von unseren Beziehungen zu den Ländern Osteuropas erhoffen? Da der Sowjetblock an der Ansicht festhält, ideologischer Kampf zwischen Ost und West liege in der Natur der Sache, wird sich voraussichtlich in all diesen Beziehungen ein Element der Spannung finden, ob die westlichen Länder dies nun wollen oder nicht. Es gibt aber keinen Grund, warum sich diese Spannung nicht im zivilisierten Wettstreit lösen ließe. Ich selbst teile nicht den Standpunkt, daß die kommunistischen und nicht-kommunistischen Gesellschaften Europas dazu bestimmt sind, zu konvergieren, schließlich haben einige von ihnen eine dafür zu divergierende Geschichte. Es ist allerdings möglich, Wege zu sehen, auf denen viele derselben Probleme – Energieknappheit, Inflation, Verbrauchererwartungen, Umweltschutz – Druck auf jede Gesellschaft ausüben, ohne Rücksicht auf ideologische Neigung. In diesem Sinne werden sich neue Gelegenheiten für eine Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas eröffnen, ungeachtet ideologischer Unterschiede. Da die Beziehungen mit diesen Ländern an Inhalt gewonnen haben, ist es in der Tat schwierig, sie über einen Kamm zu scheren. Vor kurzem hat Kanada erstmals in größerem Umfang Erzeugnisse der Hochtechnologie in Osteuropa verkauft; Nuklear-Anlagen an Rumänien, Papier- und Zellstoff-Technologie an die Tschechoslowakei und Polen. Andernorts ist der Fortschritt stetig, wenngleich weniger spektakulär.

Und umgekehrt finden diese Länder, die historisch gesehen keine wichtigen Handelspartner mit Kanada gewesen sind, bessere Möglichkeiten, ihre Erzeugnisse auf dem ihnen unvertrauten kanadischen Markt zu verkaufen – denken sie nur an die „Lada“-Wagen. Auch bei den menschlichen Kontakten – Familien-Zusammenführung, Familienbesuche, Visafragen und ähnliches – entzieht sich der Fortschritt einer Generalisierung. So gibt es bei manchen Ländern Osteuropas beispielsweise die Familienzusammenführung als Problem praktisch nicht mehr, während wir es bei anderen anscheinend mit einem harten Kern von Starrköpfigkeit zu tun haben. Trotz großer Bemühungen haben wir immer noch keine zufriedenstellenden konsularischen Vereinbarungen mit diesen Ländern geschlossen. Ein grundlegendes Hindernis ist die zweifache Staatsbürgerschaft, wo eine Brücke über eine breite Kluft in den rechtlichen und sozialen Systemen gefunden werden muß. Dies ist ein Problem, mit dem sich Tausende von Kanadiern intensiv beschäftigen, wie Reaktionen in diesem Land auf kürzlich vorgenommene Veränderungen sowjetischer und tschechoslowakischer Staatsbürgerschaftsgesetze zeigten. Aber wir bestehen auf Verhandlungen, und ich habe keineswegs die Hoffnung aufgegeben, die konsularischen Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern auf eine befriedigende Grundlage zu stellen.

Diese und andere Fragen werden gemeinsam angesprochen werden, wenn die Unterzeichner der Schlußakte von Helsinki sich im nächsten Jahr in Madrid auf der Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa treffen. Kanada wird berichten können, daß sich in der Durchführung der Vorkehrungen der Schlußakte hier und da ein nützlicher, wenn auch bescheidener Fortschritt feststellen läßt, zu dem wir unseren Teil beitragen. Gleichzeitig werden wir ohne Zweifel auf die ernsthaften Versäumnisse der Durchführung hinweisen, die die Urkunde beeinträchtigen, und noch einmal die Regierungen auffordern, die Verpflichtungen zu respektieren, die sie selbst durch die freiwillige Unterschrift unter die Schlußakte übernommen haben. Wir haben die schwierige Aufgabe, andere davon zu überzeugen, daß unser Eintreten für die Menschenrechte keine verschleierte Programme zur Erschütterung der Regime Osteuropas sind, sondern eine Bitte, die individuellen Freiheiten zu respektieren, die in einer Reihe internationaler Urkunden, einschließlich der Schlußakte von Helsinki fixiert sind. Anders kann die öffentliche Unterstützung der Entspannung im Westen nicht aufrechterhalten werden. In der Öffentlichkeit und im Parlament besteht ein starkes Interesse an den Vorbereitungen für das Madrider Treffen, von dem ich hoffe, daß in seinem Brennpunkt auch der Rahmen unserer außenpolitischen Überprüfung stehen wird.

Deshalb schließe ich, wie ich begonnen habe, mit der Überprüfung unserer Außenpolitik. Dies ist sicher ein geeigneter Zeitpunkt, um hinsichtlich unserer Beziehungen mit Europa Inventur zu machen. Ich habe vorgeschlagen, daß dies eine Bewertung sein sollte, die auf der Bejahung unserer grundlegenden Freundschaft gründet und nach neuen und innovativen Wegen sucht, die zu beschreiten sind. Ich lade Sie ein, Sie und Ihre Kollegen im Lande, ein wichtiger und aktiver Mitwirkender an diesem Prozeß zu sein.

CTV und den Global Network. Dazu kommen provinzeigene Anstalten sowie kleine ortsgebundene Privatsender.

Auch in Kanada läuft zur Zeit eine vehemente Diskussion um Pro und Contra der ‚Neuen Medien‘, also Kabelfernsehen, Bildschirmzeitungen usw. Die Kommunikationsexplosion hat nicht nur neue Produktionstechniken sondern auch ungewohnte Seh- und Höranpassungen mit sich gebracht. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.

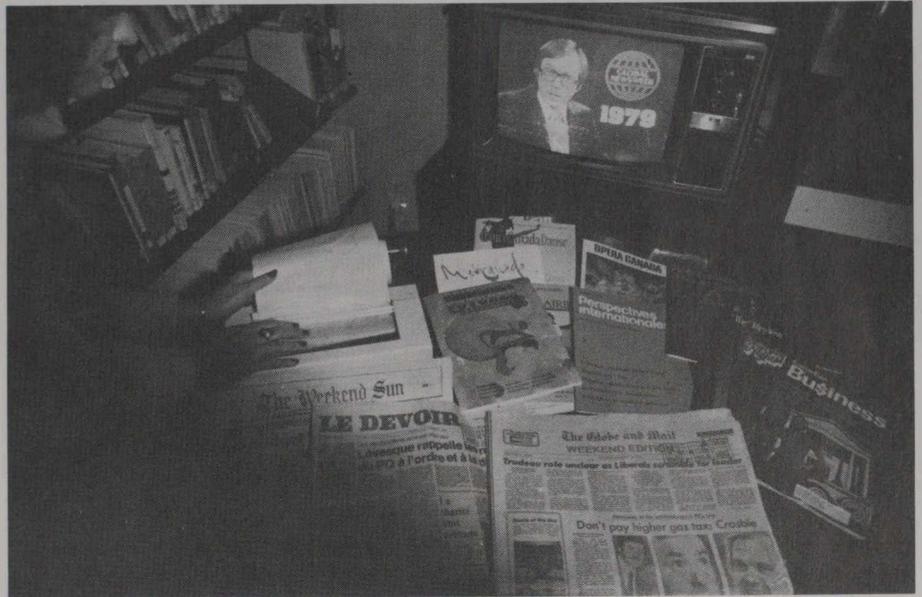
Welchen Stellenwert Nachrichtenübermittlung in dem Land hat, wird deutlich, wenn man sich die kolossalen Entfernungen im zum Teil noch immer dünnbesiedelten Westen und Norden vorstellt. Nicht umsonst war es ein Kanadier, Marshall McLuhan, der die weltweite Kommunikationsdebatte der letzten fünfzehn Jahre entscheidend beeinflusste.

Vor welche Probleme kanadische Mediengestalter gestellt sind, machen nicht zuletzt die großen Zeitunterschiede zwischen Ost und West deutlich. Wenn sich Neufundlands Fernsehvolk nach den Spätnachrichten zu Bette legt, geht man in Britisch Kolumbien frühestens zum Abendessen über. Entsprechend zeitversetzt muß die Nachrichtenzentrale der CBC ihr Äquivalent der ‚Tagesschau‘, ‚The Nighth National‘, mehrfach produzieren.

Wie der – sicher geographiebedingte – Nachrichtenhunger Kanadas befriedigt wird, können europäische Kurzwellenhörer zwischen Montag und Freitag von 23.00 bis 24.00 Uhr MEZ miterleben. In dieser Stunde strahlt Radio Canada International über seine starken Sender die halbstündige Nachrichtensendung ‚The World At Six‘ (18.00 Ortszeit Toronto) und die anschließende Nachrichtenmagazin-Sendung ‚As It Happens‘ aus.

(Frequenzen: 5995 kHz [49 m], 15 325 kHz [19 m] und 17 820 kHz [16 m])

Die salopp-spritzige Präsentation von ‚As It Happens‘ hat dem Hörfunk ein Publikum zurückerobert, das in die Millionen geht. Auf dem Höhepunkt



des Geiseldramas in der U.S.-Botschaft in Teheran zum Beispiel konnte die Torontoer Moderatorin der Sendung, Barbara Frum, nicht nur mit den Botschaftsbesetzern sondern auch mit Vertretern des iranischen Außenministeriums und Verantwortungsträgern der PLO live über die Vorgänge sprechen.

Auf dem Zeitungssektor vollzieht sich die augenblickliche Entwicklung, im Zeichen wachsender Medienkonzentration, nicht weniger dramatisch. Die auflagenstarke FP-Kette bereitet der Öffentlichkeit sogar das Spektakel eines Konkurrenzkampfs im eigenen Hause. Die bedeutendste überregionale Tageszeitung ‚Globe and Mail‘ in Toronto soll nach Einrichtung eigener Druckkapazität in Alberta mit ihren westlichen ‚Schwestern‘ in einen offenen Wettbewerb um die Leser- und Inserentengunst treten. Vorspiel dazu war ein langwieriger Streik in Vancouver, durch den beide Ortsblätter lahmgelegt wurden. Während dieser Zeit konnte sich die ‚Globe and Mail‘ einen interessanten Marktanteil erobern, den das Blatt jetzt halten will.

Daß die rasante innerkanadische Entwicklung, im politischen Bereich etwa oder in der Erschließung der Rohstoffquellen, alle großen Themen

außerhalb des Landes deutlich auf den zweiten Platz verweist, läßt nicht etwa auf prinzipielles Desinteresse schließen, sondern widerspiegelt die Bedeutung, die Kanada dem bewegten Geschehen im eigenen Lande beimißt. Um so verwunderlicher ist das Kuriosum der starken ‚Unterbelichtung‘ dieser auch für Europa wichtigen kanadischen Themenpalette. Erst seit gerade zwei Jahren unterhält die Deutsche Presse-Agentur ein eigenes Büro in Ottawa. Die elektronischen Medien sowie die deutschsprachige Tagespresse ganz allgemein ‚deckt‘ kanadische Ereignisse noch allemal durch Korrespondenten in Washington und New York ab, bringt sich und ihr Publikum damit zwangsläufig um manche mittel- und längerfristig bedeutende ‚Story‘. Bei aller Medienschelte – und hier könnte man Verlegern wie Journalisten wie Hör- und Fernsehproduzenten Vorwürfe machen – soll nicht verkannt werden, daß eine unterentwickelte Darstellung der Belange diesseits und jenseits des Atlantiks auch eine Frage ausbaufähiger Selbstdarstellung ist. So wird auf beiden Seiten immer von neuem die Notwendigkeit eines verbesserten Informationsflusses unterstrichen. Hier gibt es in der Tat noch viel zu tun.

Der Kolumnist **Keith Spicer** beantwortete Fragen des Bonner Korrespondenten der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“, Dr. Rudolf Strauch.



Keith Spicer, 45, gebürtiger Torontonianer, lebt heute in Vancouver und schreibt für 25 kanadische Zeitungen. Der Absolvent der Universitäten Toronto und Paris schrieb seine Dissertation über Fragen der kanadischen Entwicklungshilfe. Nach Tätigkeit als Journalist bei „The Globe and Mail“ und der Canadian Broadcasting Corporation in Toronto lehrte er als Politologe an den Universitäten Toronto und Ottawa sowie am Dartmouth College in den USA. 1970 wurde er zum Bundesbeauftragten für die offiziellen Sprachen des Landes, Englisch und Französisch, ernannt. In dieser Funktion, vergleichbar der eines Ombudsmans für die sprachliche Gleichbehandlung aller Kanadier, war er dem Parlament in Ottawa direkt unterstellt.

Frage: Die Québecer Provinzregierung hat vor wenigen Wochen ihr Weißbuch zur Frage der Ausgestaltung eines zukünftigen Verhältnisses der Provinz mit dem restlichen Kanada vorgelegt. Die Provinzregierung will bei der dann im kommenden Frühjahr anstehenden Volksbefragung ein Mandat der Wähler über ein eventuelles Arrangement mit allen kanadischen Provinzen und natürlich das Mandat, mit der Bundesregierung zu verhandeln, einholen. Wie beurteilen Sie das Klima der bisherigen Diskussion und wie wird, Ihrer Meinung nach, die weitere Debatte laufen?
Spicer: Das Diskussionsklima über den Vorschlag des Parti Québécois auf

Zeit der Verantwortung

Souveraineté-Association (Québecer Souveränität bei gleichzeitiger Wirtschafts- und Währungsunion mit dem übrigen Kanada – d. Red.) muß Europäern erstaunlich friedlich und gelassen erscheinen. Wir erleben hier eine außergewöhnlich gesittete Debatte über den ernsthaften Vorschlag einer bedeutenden Provinzregierung, sich aus der kanadischen Föderation zu lösen. Erst unlängst bemerkte der Québecer Minister für Beziehungen der verschiedenen Regierungsebenen innerhalb Kanadas, Claude Morin, Kanada sei ein ganz außergewöhnliches Land, denn das, was seine Partei tue, so wörtlich, „würde in 99 Prozent der übrigen Länder der Welt illegal“ sein. Sogar dieser Mann – er ist ein Sezessionist – sagte, und ich zitiere ihn wörtlich, „daß Kanada eine der besten Demokratien ist“. Während wir uns jetzt dem Referendum nähern, das die meisten für Mai oder Juni 1980 erwarten, kann man damit rechnen, daß Spannungen und Erregtheit allmählich spürbar zunehmen. Und man kann heute sogar bei den Péquisten, den Mitgliedern von René Lévesques Partei, eine sehr deutliche Nervosität und Zerstreuung bemerken; hier und da geht der Sinn für Humor verloren. Natürlich sind die Péquisten ein außerordentlich engagierter politischer Verband. Die Rechtgläubigen in Sachen Separation oder Unabhängigkeit haben seit 15 Jahren auf dieses Ziel hingearbeitet und glauben jetzt, endlich in seine Sichtweite gekommen zu sein. Bei einer solchen Konzentration von Energie und Idealismus läßt sich absehen, daß viele Leute, die auf Seiten des französischen Parti Québécois, der Sezessionisten, stehen, eine Niederlage bei der Volksbefragung als einen schweren Schlag für ihr Selbstwertgefühl verspüren würden. Auf Seiten der Föderalisten hofft man, jede Art eines dummen Vorfalls zu vermeiden. Man kann hoffen, aber nur hoffen, daß keine der beiden Seiten versuchen wird, absichtlich Zwischenfälle zu provozieren, die den Meinungsstreit polarisieren könnten oder den Versuch machen wird, das Ergebnis zu manipulieren.
Frage: Die Provinzregierungen der vier westlichen Provinzen, aber auch Ontarios, haben bereits erklärt, sie würden über die Frage „Souveraineté-

Association“ Québecs mit dem übrigen Kanada nicht verhandeln. Wird sich diese Haltung durchsetzen können, und was wäre die Folge einer derartig starren Einstellung?

Spicer: Die Regierungen der vier westlichen Provinzen, wie auch die von Ontario, haben tatsächlich wiederholt erklärt, daß sie nicht bereit sind, mit Québec in Verhandlungen einzutreten, sollte das Referendum ein Mandat bestätigen, über Souveraineté-Association zu verhandeln. Man muß unbedingt verstehen, daß diese Ankündigungen wirklich ein völliges Desinteresse Englisch-Kanadas widerspiegeln, Lévesques Vorschlag zu erwägen, obgleich diese Aussagen teilweise konstruiert sind, um den Québecern klarzumachen, daß sie sich über die Wahrscheinlichkeit eines Verhandeln über Souveraineté-Association keine Illusionen machen sollten. Nach über 15 Jahren intensiver Propaganda und Agitation sind die an Unabhängigkeit interessierten Québecer mit ihrem Versuch, auch nur bei einem einzigen namhaften englischsprachigen Kanadier Gehör für ihr Anliegen zu finden, gescheitert; dies stellen die Péquisten als Beweis massiven Rassismus auf Seiten von Englisch-Kanada dar, sie sehen darin den ihr Anliegen berechtigenden „Normalfall.“

Englisch-Kanadier halten es einfach für naiv, wenn nicht sogar für erstaunlich zynisch, daß man von ihnen erwartet, einer Art Scheidung mit gemeinsamem Bankkonto zuzustimmen. In einfachen Worten läßt sich die Haltung der meisten Englisch-Kanadier so beschreiben, daß Opfern, die auf Gegenseitigkeit beruhen, zuzustimmen sei; sollte aber Québec beschließen, nur ein Nachbar zu werden, das heißt formaljuristisch Ausland, das, wie Lévesque es genannt hat, seine ureigenen egoistischen Interessen verfolgt, dann vermögen Englisch-Kanadier nicht einzusehen, warum sie einer Sublimierung ihrer Interessen zustimmen sollten, die, möglicherweise, viel natürlicher – beispielsweise – in einer Art Freihandel mit den Vereinigten Staaten liegen. In diesem Sinne ist es vielleicht falsch, von „Härte“ zu sprechen, so als ob es sich um eine Art verstockter Halsstarrigkeit handele. Die Haltung ist zweifellos

fest, aber kühl rational. Sie steht nur für das, was Englisch-Kanada als seine Interessen versteht für den Fall, daß Québec sich entschließt, seine Interessen ohne Bezug auf erprobte oder zukünftige Solidarität zu verfolgen.

Frage 3: Was muß, Ihrer Meinung nach, im Zusammenhang mit dieser inner-kanadischen Auseinandersetzung aus europäischer Sicht besonders beachtet werden? Sehen Sie, wenn schon nicht eine direkte Einflußnahme Europas, immerhin Möglichkeiten, wie Westeuropa in sinnvoller Weise einen Beitrag bei der Lösungssuche leisten kann?

Spicer: Ich meine, Europäer sollten die derzeitige kanadische Krise aufmerksam beobachten – und dies ist eine Krise, wenn auch eine ruhige –, und ich bin der Auffassung, daß die Kanadier der demokratischen Wahl zwischen zwei Zivilisationsstrategien, zwischen zwei umfassenden Wertsystemen, gegenüberstehen: auf der einen Seite haben Sie das Konzept des Parti Québécois vom kulturellen Nationalismus und auf der anderen Seite die pan-kanadische oder föderalistische Sicht transnationaler Zusammengehörigkeitsgefühle, wenn man sie so nennen darf. Einige unserer Politiker haben dies einen Konflikt zwischen Stammesystem und Super-Stammesystem genannt, doch mir scheint dies ein wenig polemisch zu sein. Es ist ein Wettstreit zwischen der Auffassung, daß jede Sprachen- oder Kulturgruppe ihren eigenen Staat im Sinne des internationalen Rechts haben muß, und der Auffassung, daß es für unterschiedliche Kulturgemeinschaften Ko-Existenz mit wenigstens einem Minimum an Brüderlichkeit und Verständnis gibt.

In einer Zeit, in der zügelloser Nationalismus und andere Heilslehren die Welt in Stücke reißen, und in einer Zeit, in der die Weitergabe von Kernwaffen solche künstlichen Spannungen weltweit gefährlich macht, glauben wir an die Notwendigkeit der Existenz einiger Länder wie etwa Kanada, die Schweiz und Jugoslawien, die das hoffnungsvolle Ideal veranschaulichen, wonach eine Art von Familienbeziehung zwischen verschiedenen Nationen möglich ist. Dies ist natürlich sehr idealistisch, aber für mich ist Idealismus nichts anderes als klarer Realismus. Ich würde deshalb den Europäern empfehlen, der kanadischen Wahl das größtmögliche Interesse entgegenzubringen, weil ich der Meinung bin, daß sie ein Mikrokosmos des Dilemmas der Menschheit ist – nämlich, für unterschiedliche Länder vernünftige und zivilisierte Wege des Zusammenlebens zu finden. Sie spielen auf eine Art von „direktem europä-

ischen Einfluß“ an, mit dem man den Kanadiern helfen könnte, ihre Schwierigkeiten zu überwinden. Ich versichere Ihnen, daß dies reine Torheit und in der Tat Anmaßung wäre. Wir haben schon einiges an systematischer Einmischung von seiten der Regierung Frankreichs erlebt, die in den letzten Jahren merklich taktvoller geworden ist, und ich glaube nicht, daß solche Einmischungen den Kanadiern geholfen haben, sich mit ihrer „Zwischenmenschlichkeit“ auseinanderzusetzen oder die Probleme Kanadas in einem kanadischen Zusammenhang zu lösen. Die Europäer können gar nichts tun, es sei denn, dem amerikanischen Beispiel eines verständnisvollen Abstands zu folgen. Zu ihrem eigenen Nutzen wäre es recht sinnvoll, die geistigen Quellen der derzeitigen kanadischen Spannungen zu studieren und nach Parallelen in ihren eigenen Erfahrungen zu forschen, und ich bin sicher, sie werden viele finden.

Frage: Da die innerkanadische Problematik in Europa nur sehr wenigen „Experten“ geläufig ist, stellt sich die Frage, ob nicht gerade auch den Medien hier eine besondere Aufgabe gestellt ist. Wo sehen Sie die Hauptgründe für die mangelhafte Darstellung kanadischer Belange und Probleme in Europa einerseits, auf der anderen Seite aber auch die starke „Unterbelichtung“ europäischer Entwicklung in der Presse Ihres Landes? Sehen Sie, als Publizist, Möglichkeiten einer verstärkten Berichterstattung in beiden Richtungen, kurz gefragt: Wo hapert's, und was kann man tun, um Abhilfe zu schaffen?

Spicer: Sie haben ganz recht, wenn sie den Abgrund an Unkenntnis der Probleme des anderen beklagen, auf den man sowohl in Europa wie in Kanada stößt. Die Medien haben da offensichtlich eine hochwichtige Aufgabe zu erfüllen, und im Grunde bedeutet es, kanadische Vorstellungen von Europa richtigzustellen, die häufig zehn bis 15 Jahre alt sind, und das Bild der Europäer von Kanada zu korrigieren, das durchschnittlich seit 20, 30 Jahren überholt ist.

Warum sind die Kanadier an der europäischen Politik so relativ desinteressiert? Möglicherweise, weil sie ein fixiertes Bild von Europa besitzen, das in den Kriegen und im Tourismus wurzelt. Zudem halten viele Kanadier die bloße Anzahl der europäischen Länder mit ihren unterschiedlichen politischen Systemen sowie ihren sozialen und kulturellen Charakteristika einfach für recht verwirrend. Andererseits vermute ich, daß Europäer hinsichtlich der hinreißenden Komplexität ihrer eigenen

Probleme ziemlich narzistisch sind; sie sind zweifellos auch nicht von Kanada fasziniert, weil unsere Probleme relativ prosaisch und friedlich zu sein scheinen. Gott sei Dank gibt es bei uns zur Zeit keinerlei Gewaltanwendung im Zusammenhang mit politischen Problemen, und ich nehme an, die Europäer haben nicht das Gefühl, kanadische Probleme könnten in irgendeiner Weise die europäische Sicherheit wirklich bedrohen. Und wenn ich ganz aufrichtig bin, sollte ich hinzufügen, daß möglicherweise viele Europäer Kanada für ein ziemlich langweiliges Land halten, für ein Land ohne Sex Appeal.

Zu den Mitteln, mit denen sich die Informationslücken schließen ließen, gehören vor allem die klassischen des Austauschs von Journalisten zwischen einzelnen Zeitungen und Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie der Entsendung von Korrespondenten vor Ort. Aber ich sollte eine weitere Anregung geben, die heute dank der neuen Technologie möglich ist: da wäre beispielsweise der Austausch ganzer Seiten bestimmter wichtiger Zeitungen. Man würde dafür eine Übertragung durch Satelliten und eine maschinelle Übersetzung benutzen. Ich weiß, daß klingt wie Science-fiction, aber ich bin sicher, dies wird in fünf bis zehn Jahren durchführbar sein.

Frage: Leidet nicht auch der kanadische Wunsch nach einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik darunter, daß in der Bundesrepublik kaum jemand über die weiten, brachliegenden Felder einer Kooperation zum gegenseitigen Nutzen Bescheid weiß?

Spicer: Einerseits sind wir stark von Rohstoffen abhängig, aber auf manchen Gebieten hochentwickelter Technologie haben wir deutschen Geschäftsleuten sowohl interessante Produkte wie auch Handelsmöglichkeiten zu bieten. Ich denke dabei zum Beispiel an den Flugzeugbau sowie an die Elektronik, besonders der Telekommunikation. Ich zweifle nicht daran, daß Intelligenz und Unternehmergeist der Deutschen eine sehr große Anzahl wechselseitiger, gewinnträchtiger Möglichkeiten aufdecken könnten, falls es in Deutschland bessere Wirtschaftsinformationen über Kanada gäbe. Falls es eine solche Publikation noch nicht gibt, würde ich es für überaus nützlich halten, eine monatliche Sammlung neuester Informationen aus dem kanadischen Wirtschafts- und Geschäftsleben herauszugeben und zu vertreiben. Eine solche Publikation könnte Anzeigen zu bestimmten Anlässen enthalten und eine Art Börse für einzelne gemeinschaftliche Unternehmen werden.

Um zu versuchen, ein Mandat zu erhalten, diesen Antrag mit anderen Kanadiern zu erörtern, schlägt die Regierung von Québec die Durchführung eines Referendums in der Provinz in wenigen Monaten vor. Der Entwurf einer Frage für dieses Referendum wurde mit dem folgenden Wortlaut dem Provinzparlament vorgeschlagen: „Die Regierung von Québec hat ihren Vorschlag, bezüglich einer neuen Übereinkunft mit dem restlichen Kanada auf der Grundlage der Gleichheit von Nationen zu verhandeln, vorgelegt. Diese Übereinkunft würde Québec in die Lage versetzen, die alleinige Hoheit zu erlangen, Gesetze zu erlassen, Steuerverträge zu verwalten und Beziehungen außerhalb einzugehen – mit anderen Worten, die Souveränität, mit Kanada jedoch gleichzeitig eine wirtschaftliche Verbindung einschließlich einer gemeinsamen Währung aufrechtzuerhalten.

Jedwede Änderung des politischen Status, die sich aus diesen Verhandlungen ergibt, wird der Bevölkerung durch ein Referendum vorgelegt. Geben Sie, auf der Grundlage dieser Voraussetzungen, der Regierung von Québec das Mandat, über das vorgeschlagene Abkommen zwischen Québec und Kanada zu verhandeln?“

Der endgültige Text wird Gegenstand einer Kampagne zwischen Gruppierungen, die das Regierungskonzept von assoziierter Souveränität befürworten und solchen, die ihn ablehnen, sein.

Obwohl die Parti Québécois derzeit in Québec Regierungspartei ist und im Provinzparlament die Mehrheit hat, ist sie nicht die einzige Stimme in der Provinz. Die Liberale Partei unter ihrem

Vorsitzenden Claude Ryan sieht die Zukunft Québechs im Rahmen eines erneuerten föderalen Systems, in dem Québec mit seiner überwiegend französisch sprechenden Bevölkerung besonders Rechnung getragen wird.

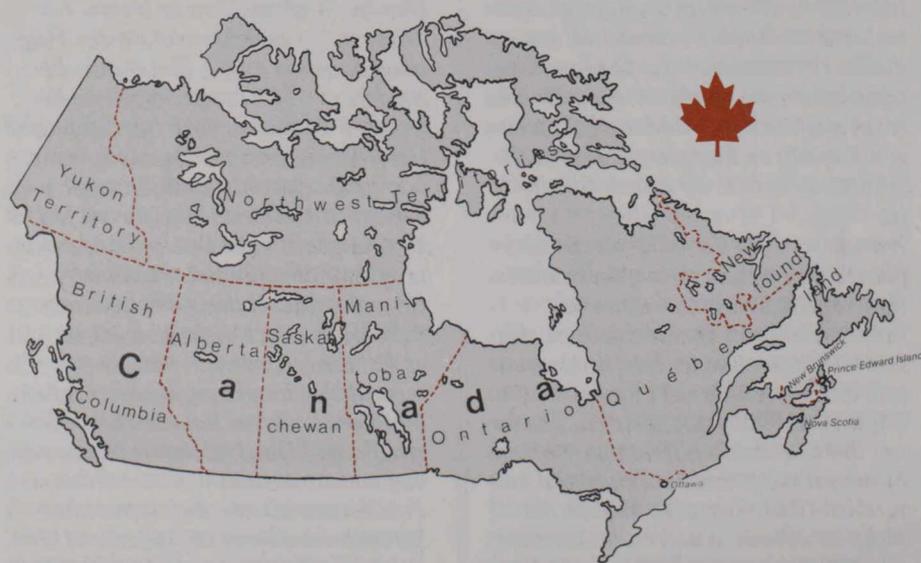
Die Opposition der Liberalen Partei der Provinz gegenüber den Vorschlägen der Parti Québécois widerspiegelt sich in der Opposition der Parteien auf Bundesebene und aller Provinz-Ministerpräsidenten gegen dieses Konzept. Obgleich die Bundesregierung unter Premierminister Clark angekündigt hat, sie werde sich nicht an der Referendums-Kampagne beteiligen, hat der Premierminister deutlich gemacht, daß seine Regierung die Vorschläge der Parti Québécois ablehnt.

Gleichzeitig stimmen Bundesregierung und die Regierungen aller Provinzen darin überein, daß die föderale Struktur Kanadas den Erfordernissen der heutigen Gesellschaft Rechnung tragen muß; dazu gehört die Notwendigkeit, Wandel dergestalt zu akzeptieren, daß das kanadische Wirtschaftswachstum sich gesund entwickelt und daß Kanadier die Verschiedenheit ihrer Abstammung angemessen äußern können.

In der Tat ist die Bundesregierung – im Gegensatz zu Forderungen der gegenwärtigen Provinzregierung von Québec – darauf vorbereitet, in einer Reihe von Bereichen den Anspruch der Provinzautoritäten auf größere Verantwortlichkeit wohlwollend zu betrachten. Die Bundesregierung unter Premierminister Clark hat eine Politik pragmatischer Lösungen von Problemen im Bereich der Beziehungen zwischen Bund und Provinzen eingeleitet; zum Beispiel hat die Bundesregierung den Provinzen eine größere Verantwortlichkeit im Rohstoff-Bereich, beson-

ders in bezug auf den Festlandssockel, eingeräumt.

In der Thronrede anlässlich der Eröffnung des Parlaments im Oktober bestätigte die Bundesregierung, daß sie „die Vielfalt Kanadas als einen großen nationalen Besitz sieht und entschlossen ist, die Entwicklung und Artikulierung dieser Vielfalt zu fördern und nicht zu behindern“. Diese Position seitens der Regierung begründet in verfassungsmäßiger Form die Bejahung der erstaunlichen demographischen und ökonomischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Zwischen 1871 und 1911 verdoppelte sich die Bevölkerung von 3,7 auf 7,2 Millionen. Seither hat sie sich auf fast 24 Millionen verdreifacht. Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 30 Jahre war noch erstaunlicher. Seit 1949 hat sich das Bruttosozialprodukt verzehnfacht, und die Planung für die 80er Jahre sieht ein Investitionsvolumen von über 300 Mrd. Dollar vor, von denen 37 Prozent für den Energiebereich vorgesehen sind. Aufgrund dieser Entwicklung ist nicht nur die Zusammensetzung der Bevölkerung – durch Einwanderung aus allen Teilen der Welt – viel heterogener geworden, ein Trend, der sich in dem wachsenden Engagement der Bundesregierung wie auch der Provinzregierungen in der Förderung der kulturellen Entfaltung aller Volksgruppen im Rahmen der Multikulturalismuspolitik widerspiegelt. Von noch weiterreichender Bedeutung ist die Tatsache, daß verschiedene Regionen sich wirtschaftlich sehr unterschiedlich entwickelt haben. Die Prärieprovinzen, die in den 30er Jahren bittere Jahre der Dürre und Armut erlebten, sind die Rohstoffriesen von heute. Gleichzeitig hat sich die industrielle Entwicklung weit stärker auf Mittelkanada als auf sonst irgendwo konzentriert, während Ostkanada dazu tendierte, zurückzubleiben. Die wachsende wirtschaftliche Potenz des Westens und besonders die von allen Provinzen gewonnene Erkenntnis der Bedeutung jeglicher Rohstoffe hat ihren Ausdruck in dem Wunsch der Provinzautoritäten nach erweiterter Kontrolle der Hebel ihres Wirtschaftswachstums gefunden. Zugleich muß die Regierung sicherstellen, daß Kanadas Wachstum als Ganzes durch ihr Handeln ausgewogen und gerecht ist, und zwar in einer internationalen Umgebung, die immer empfindlicher und komplexer wird. Diese Aufgabe erfordert – und darauf hat der Premierminister bei zahlreichen Anlässen verwiesen – auf allen Regierungsebenen in Kanada die dringende Notwendigkeit von Einvernehmen und Zusammenarbeit.



Kanadische Interpreten

Cembalo-
Neuaufnahmen

Was die Enzyklopädien prosaisch als Kieflügel umschreiben, das *Cembalo* ist wieder da. Kein Musikinstrument feiert eine vergleichbar triumphale Rückkehr auf Konzertpodien und in die „gute Stube“, wie dieser Vorläufer des Hammerklaviers und des großen Konzertflügels. Man geht sicher nicht zu weit, konzertiert man den Schallplattenproduzenten ein Verdienst an dieser Renaissance. Die in den letzten Jahren erreichte Perfektion der Wiedergabe kommt im besonderen dem silbrig-klaaren Klang dieses Instruments zugute. Gleichzeitig hat sich, vielleicht wichtiger noch, das Ungleichgewicht der Bewertung von Klavier und Cembalo auch auf Interpretenseite deutlich verlagert. In diesem Winter liegt eine Fülle hervorragender Einspielungen vor, die gerade aus kanadischer Sicht besonders reizvoll ist.

Der Montréaler Organist und Cembalist **Kenneth Gilbert**, der vor wenigen Jahren eine vollständige Neuausgabe der Cembalo-Werke Jean-Philippe Rameaus (1683–1764) edierte (Heugel, Paris, 1977), ist nun in einer Einspielung eben dieser Kompositionen für die Archiv-Produktion der Polydor auf dem Markt. Rameau, dessen Cembalo-Werk lange Zeit im Schatten der eigenen Opernproduktion stand, wird hier von einer gänzlich anderen Seite gezeigt, die den Bruch zwischen der Ära Ludwigs XIV. und dem Zeitpunkt der Revolution andeutet, zum Teil sogar vorwegnimmt.

In seinen *Pièces de Clavecin*, die 1724 erschienen, glaubt man jenen Geist mitzuhören, dem Lieselotte von der Pfalz zwei Jahre zuvor auf dem Sterbettisch Ausdruck verlieh. Als eine Hofdame sich zum Abschied über ihre Hand beugte, soll sie gesagt haben: „Küssen Sie mich auf den Mund, ich gehe in ein Land, wo es keine Standesunterschiede gibt.“

Hier geht es zwar auch um kraftvoll gravitärisches Musizieren, Gilbert aber stellt diese Seite in ein gesundes Verhältnis zu jener schwungvoll befreiten Phantasie Rameaus, die sich in einem

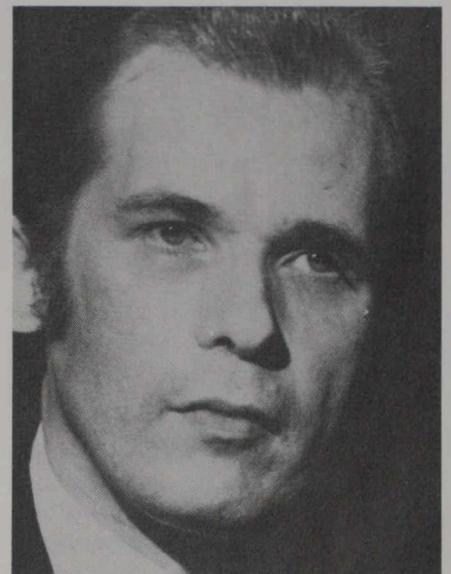
vielfältigen und vielschichtigen Bild immer neuer und plastischer Einfälle äußert. Etwa in „*Les Tendres Plaintes*“ aus den *Pièces de Clavecin*, einem Rondo, das den Söhnen Bachs jenseits von Telemann und Händel nahesteht, oder etwa dem elegant witzigen „*La Poule*“ aus den *Nouvelles Suites* von 1728, in dem ein Element Haydn vorweggenommen zu sein scheint.

Kenneth Gilberts hohe Modulationsfähigkeit wird durch die Wahl der wirklich „singenden“ Cembali noch akzentuiert. Hier scheint er mehr Glück gehabt zu haben als etwa **Glenn Gould**, der für seine CBS-Einspielung der vier Händel-Suiten Nr. 1–4 kein vergleichbares Instrument zur Verfügung gehabt zu haben scheint. Aber welche Klangfülle bei Gould, der, kein Risiko scheuend, „seine“ Musik gestaltet, als wäre Händel manchmal mehr Zuträger, nicht Urheber. Etwa im Präludium der A-Dur-Suite, in der er ein fast mystisch-bizarres Spiel komplexer Verfremdungen versucht und zu einem unzweifelhaft grandiosen Abschluß bringt. Er bewegt die vermeintlich so griffigen Akkorde wie scharf geschliffene Gesteinsbrocken, verkantet, schichtet, als ginge es um die Konstruktion eines gewagten Bühnenbildes, nicht eines Salonstücks.

Eine – immer umstrittene – bei Gould-Aufnahmen unausweichliche „Anreicherung“ der Aufnahme um die eigene Stimme – er brummt und summt unaufhörlich und unüberhörbar –, dieses *Vox Humana*-Element, verleiht der Einspielung durch teils reizvolle, teils gespenstische Variationen eine besondere Dimension.

Zum Schönsten dieser Aufnahmen gehört vielleicht seine *Courante* der Nr. 1-Suite, in der pure Melodik, befreit von der so häufig auftretenden „verkräuselten Ornamentik“, das Feld beherrscht. Goulds Interpretationen machen deutlich, daß Händel, wo er sich auf Galanterien einläßt, mit seinem Geflecht willkürlicher Gedankenläufe die scharfe Brillanz eines Domenico Scarlatti nicht erreicht.

Der dritte kanadische Cembalist, der



Glenn Gould

Jüngste dieser Gruppe zugleich, **Bradford Tracey**, arbeitet seit einigen Jahren im badischen Bad Krozingen bei Fritz Neumeyer. In diesem Herbst hat er eine Professur in Berlin angetreten.

Unter der Fülle seiner Einspielungen mit Neumeyer und Rolf Junghanns sticht eine Platte mit Kompositionen des englischen Handwerkers und Musikers Giles Farnaby (1560–1620) hervor. Einmal, weil hier ein weitgehend unbekannter Komponist vorgestellt wird, der hauptberuflich Schreiner und wahrscheinlich Instrumentenbauer war; zum anderen, weil die Wahl der Instrumente dieser Aufnahme von Virginal-Musik den besonderen Charakter britischen Musikschaffens der elisabethanischen Zeit wundersam einfängt. Farnaby, der bei aller Kunstfertigkeit ein sehr bescheidener Mann gewesen sein muß, bezeichnet sich als „einfältiger Sperling, der sich unterfängt, vor der melodiosen Nachtigall zu zwitschern.“

Das kann nur understatement sein, denn Farnabys Phantasie hätte manchem Bull, Byrd oder Morley zur Ehre gereicht. Den Eingaben des Moments folgend – gleichsam als finge er die Klangfülle der ihn umgebenden Werkstätten der Schmiede, Drechsler, des Markttreibens ein – vermittelt Farnaby ein Bild jener Vielfalt urbanen Alltagslebens, dem sich Nostalgie-suchende unserer Tage verbunden fühlen mögen.

Kenneth Gilbert, Rameau Cembalo-Werke, Archiv-Produktion, 3 LP 2723052;
Glenn Gould, G. F. Händel. Cembalo-Suiten Nr. 1–4; CBS 73 076;
Bradford Tracey, Giles Farnaby, virginal Music, tocata, FSM 53 614

Info-Netz für ganz Kanada

TELESAT

TELELOBBE

TELEIDON

*I breathed a song into the air
That little song of beauty rare
Is flying still, for all I know
Around the world by radio.*

(Arthur Guiterman, 1923)

*Ein Liedchen haucht' ich in den Äther
Vielleicht fliegt es noch so viel später,
Wer weiß es schon,
Um unsere Welt per Radiophon.*

Die Premiere war ebenso unspektakulär wie richtungweisend. Im vergangenen Oktober wurde 170 Kilometer nordöstlich von Thunderbay, Ontario, in dem kleinen Ort Macdiarmid am Nipigon-See die erste Fernseh-Boden-Empfangsstation errichtet, mit deren Hilfe Farbfernseh-Programme unmittelbar von einem Satelliten geliefert und auf dem heimischen Bildschirm empfangen werden können.

Das Ministerium für Fernmeldewesen wird in Zusammenarbeit mit den Provinzen Britisch Kolumbien und Ontario insgesamt 100 handliche Direkt-Empfangsstationen in entlegenen Landgemeinden installieren. Zunächst, bis zum nächsten Frühjahr, wird der Satellit ANIK B für sie ein tägliches 12-Stunden-TV-Programm ausstrahlen. Dieser Service kostet die Bundesregierung 34 Millionen Dollar. Hinzu kommen die Kosten für Empfangsantennen, die sich derzeit noch auf 3600 Dollar pro Stück belaufen. Im Ministerium für Fernmeldewesen hofft man jedoch, mit einem Stückpreis von 500 Dollar auszukommen, sobald das vielversprechende Forschungsprojekt erfolgreich läuft und die Antennen serienmäßig produziert werden.

Kaum mehr als einhundert Jahre, seit der Taubstummenlehrer Alexander Graham Bell auf kanadischem Boden das erste technisch brauchbare Telefon entwickelte und erprobte (1876) und genau 60 Jahre nach der Vergabe der ersten kanadischen Rundfunklizenz in Montréal, haben Kanadas Wissenschaftler und Ingenieure im Bereich der Telekommunikation mitsamt einer leistungsfähigen Industrie einigen Grund, mit Stolz auf ein vielfältiges,

weitreichendes Netz von Kommunikationsmedien im eigenen Land zu blicken. Zumal sie, darüber hinaus – weltweit anerkannt – ihr Know how und ihre Technologie zu einem kanadischen Exportartikel ersten Ranges gemacht haben. Die Exportleistungen in diesem zukunftsträchtigen Wirtschaftsbereich schlagen derzeit für Kanada mit jährlich einer Milliarde Dollar zu Buche. Über 40 Länder beziehen Produkte und/oder Know how der Radio-, TV-, Fernmelde- und Satellitentechnologie sowie der Datenübermittlung aus Kanada.

In der Binnenwirtschaft gehört die Telekommunikationsindustrie mit rund 700 Betrieben zu den wichtigsten Zweigen der Elektronik-Industrie. Sie ist der größte Arbeitgeber Kanadas für wissenschaftliches und technisches Personal. In diesen Industriezweig werden etwa 25 Prozent der gesamtkanadischen Leistungen für Forschung und Entwicklung investiert.

Das Entwicklungstempo in der Telekommunikation läßt weder Wissenschaftlern noch Ingenieuren Zeit, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. „Die derzeitige Entwicklung neuer Kommunikationstechnologien wird uns neue Möglichkeiten eröffnen, wenn wir schnell und klug handeln; sie liefert uns aber auch neuen Gefahren aus, besonders hinsichtlich unserer kulturellen Eigenständigkeit, wenn wir dies unterlassen“, warnte unlängst der Minister für das Fernmeldewesen, David MacDonald, seine Amtskollegen aus den kanadischen Provinzen und forderte sie zu engagierter Zusammenarbeit mit der Bundesregierung, besonders beim Konzept für Satelliten und Kabel-Fernsehen, auf.

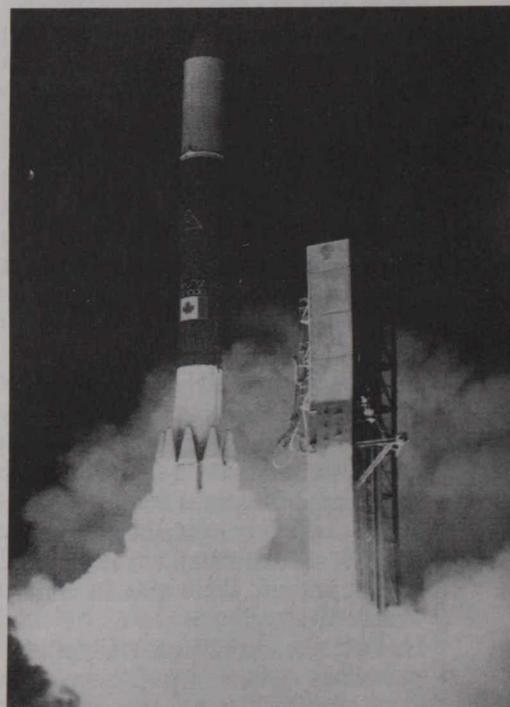
Für Kanada, das fast 10 Millionen qkm große Land, das sich von der Atlantik- bis zur Pazifik-Küste über gut 6000 km erstreckt, und das von seiner Nord- bis zur Südgrenze 4800 km mißt, bedeutete Kommunikation außerhalb der dichtbesiedelten Zentren schon immer eine technologische, finanzielle und sozialpolitische Herausforderung.

Hinzu kam immer schon die Notwen-

digkeit der Kanadier, sich vom Kommunikationsüberfluß der benachbarten Vereinigten Staaten möglichst wirksam abzugrenzen.

Drei voneinander unabhängige und sich ergänzende Mikrowellennetze mit über einhundert Satelliten-Empfangsstationen bilden heute die Grundlage der anspruchsvollen Ausstattung des Landes mit der Vielfalt moderner Fern-Kommunikation. So bedeuten die insgesamt über 14 Millionen Telefonanschlüsse im Land, daß durchschnittlich je zwei Kanadiern mehr als ein Telefon zur Verfügung steht.

Nachrichtensatelliten wurden in Kanada schon früh in das Inlands-Kommunikationsnetz einbezogen. Als sich Ende der 60er Jahre abzeichnete, daß mit herkömmlichen Mitteln keine verbesserte Versorgung vor allem entlegener Siedlungen mit zuverlässigen Telefonverbindungen, mit Rundfunk und Fernsehen zu erreichen sei, wurde ein nationales Satellitenunternehmen ins Leben gerufen, TELESAT CANADA. TELESAT produziert und unterhält



Unterwegs: Kanadas Telekommunikations-Satellit ANIK B

das innerkanadische Satellitensystem der ANIK-Serie. Aus 36 000 km Höhe versorgen diese künstlichen Erdtrabanten ganz Kanada mit vielen tausend Telefonleitungen, mit Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Sie schaffen kurze Kommunikationswege für alle, für Wirtschaft und Industrie, für Wissenschaft und Technologie, für Regierung und Verwaltung. In den dichtbesiedelten kanadischen Industriezentren ist die Nachfrage vor allem der Geschäftswelt nach „ANIK“s Leistungen so gestiegen, daß 1980 die dritte Generation – knapp 8 Jahre nach dem Start des ersten „ANIK-Satelliten“ – dieser kanadischen Satelliten ins All geschossen werden wird.

Prunkstück und Lieblingskind der TELESAT ist nach wie vor der kanadische Forschungssatellit „HERMES“, dessen 200-Watt-Leistung konkurrenzlos stark ist. Diesem supermodernen Senderiesen ist es zu verdanken, daß man in Kanada mit so kleinen, kostensparenden, teilweise mobilen Erdempfangsstationen auskommt. Erst durch dieses Empfangssystem wird die aufwendige Satellitenkommunikation (HERMES ist ein 60-Millionen-Dollar-Projekt) im weiträumigen Kanada wirtschaftlich.

Seit Samstag, dem 24. November 1979, 8 Uhr kanadischer Ostzeit jedoch herrscht auf HERMES Funkstille. Die Wissenschaftler vermuten, daß die Sonnenpaddel des Satelliten, der ohnehin doppelt so lang in Betrieb war wie vorausgeplant, ihre Position verändert haben und deshalb nicht mehr genügend Energie von der Sonne beziehen. Schon im Oktober

Dr. John Chapman



Kanadas „Mr. Weltraum“, Dr. John Chapman, treibende Kraft hinter dem ehrgeizigen kanadischen Satel-

liten-Programm, ist Ende September im Alter von 58 Jahren an einem Herzinfarkt gestorben. Dr. Chapman hatte die Arbeiten an den ersten kanadischen Weltraumsatelliten ALOUETTE und ISIS geleitet und war auch an der Entwicklung und Realisation des vielgerühmten kanadischen Nachrichten-Satelliten HERMES entscheidend beteiligt.

„Wir verdanken ihm, daß er die Isolation der Männer und Frauen in den entlegenen Gebieten durchbrochen hat“, meinte die frühere Kommunikationsministerin Jeanne Sauv , und ihr Nachfolger im Amt, David MacDonald, betrauerte „den Verlust eines ungewöhnlichen Individuums“.

hatte man HERMES abschalten wollen, doch dann sollte Australien sich seiner für drei weitere Monate bedienen, um seine begonnenen Satelliten-Kommunikationsversuche zu Ende zu bringen.

Für Kanadas wachsende Verbindungen mit der übrigen Welt sorgt TELEGLOBE, als Körperschaft öffentlichen Rechts (Crown Corporation) mit Regierungs- und privatwirtschaftlicher Beteiligung ähnlich konstruiert wie der

Binnenkommunikations-Verteiler TELESAT. Aus bescheidenen Anfängen – 1950, bei ihrer Gründung, standen der Gesellschaft 3 Telefon- und 13 Telegraphenleitungen zur Verfügung – hat sich ein weitreichendes, dichtes Übermittlungsnetz von etwa zu gleichen Teilen Kabel- und Satellitenleitungen entwickelt, zu dem 2300 Telefon-, 920 Telegraphenleitungen sowie weitere 200 Mietleitungen gehören.

Jüngstes Projekt der TELEGLOBE ist eine seit September in Betrieb befindliche erste internationale Bodenstation in Québec, die Laurentides-Station, die 14 Millionen Dollar kostete.

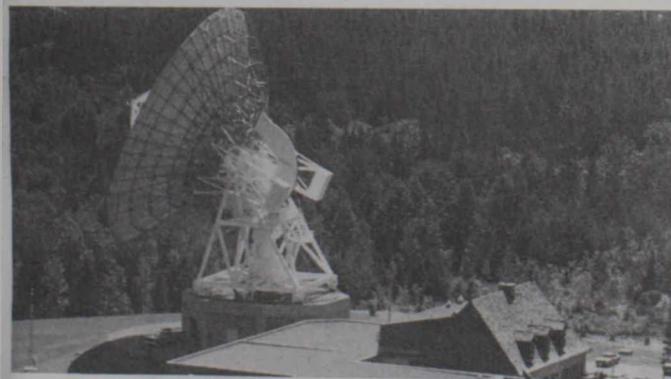
Ein neues System eines „Zwei-Wege“-Datenaustausches (Interface) zwischen Partnern, die ihrerseits an beliebig viele unterschiedliche Datenbanken angeschlossen sein können, ist derzeit in Kanada auf dem Prüfstand. TELIDON, so heißt dieser Gedankenaustausch über Computer, läßt sich im Schulunterricht ebenso einsetzen wie bei einem medizinischen Kolloquium zwischen Krankenhausärzten im hohen Norden und beispielsweise einem Montréaler Medizinprofessor, der über den Bildschirm über Hunderte von Kilometern eine komplizierte Operationsmethode erläutert.

Da TELIDON auf dem kanadischen Markt keine ausreichenden Absatzmöglichkeiten hat, wurde es von Anfang an so konzipiert, daß es zu jedem beliebigen Typ von Telefon-, Bildschirm- oder Datenbanksystem paßt. Mit diesem technologischen Prinzip, das TELIDON unabhängig macht „sowohl vom Kommunikationsmedium wie vom Hardware des Empfängers“, wie es ein Manager schon zu Beginn der Entwicklung von TELIDON beschrieben hatte, hofft Kanadas Computerindustrie seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Markt mit entscheidenden Pluspunkten gegenüber der Konkurrenz in Großbritannien, Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, den USA und Japan auszurüsten.

Daß diese dichte Verkabelung Probleme aufwirft, die über den wirtschaftlichen Aspekt der Verkaufbarkeit neuer Technologien weit hinausreichen, hat Kanadas amtierender Minister für das Fernmeldewesen, David MacDonald, in der kurzen Zeit, die er im Amt ist, bereits mehrfach unterstrichen. „Wenn wir den Herausforderungen der neuen Technologien und ihren kulturellen Auswirkungen nicht – und nicht jetzt – begegnen, werden wir durch unser Zögern diesem Land und den Möglichkeiten der Kanadier, ihre kulturelle Identität auszudrücken, schweren Schaden zufügen.“



Kanadas Pioniertat: TV-Programm direkt aus dem Weltraum



Bindeglied zu Europa – die neue Satelliten-Bodenstation Laurentides

Eisig

Winter à la Kanada, genauer gesagt in Montréal, lieferte dem US-amerikanischen Filmregisseur **Robert Altman** den symbolträchtigen Hintergrund seines jüngsten Films „Quintett“. Bei ihrem verzweifelten Versuch, mit dem Leben davonzukommen, durchwandern die Epigonen des Films die vereisten, gespenstisch anmutenden Bauten der ehemaligen Weltausstellung in Montréal; eindrucksvolle Kulissen für diese filmische Allegorie.

Überraschung

Da staunten die prominenten Skidamen: bei der ersten Weltcup-Abfahrt dieser Saison in Val d'Isère raste die 19jährige Kanadierin **Laurie Graham** auf der superschnellen Piste in 1:21,98 Minuten zu Tal und belegte einen sensationellen 3. Platz hinter **Cindy Nelson**, USA, und der Siegerin **Marie-Theres Nadig**, Schweiz. Die Kanadierin hat sich damit eine ausgezeichnete Ausgangsposition für die vorolympische Saison geschaffen.



Gratulation!

Mit großem Erfolg (Note „sehr gut“) hat **Horst-Peter Trutnau**, Hamburg, als erster Bundesdeutscher ein Fernstudium an einer kanadischen Universität absolviert. An der Queen's-Universität von Kingston, Ontario, erwarb Trutnau den akademischen

Grad eines „Bachelor of Arts“ (B.A.) in Sprachen und Betriebswirtschaft. – Unser Foto zeigt (v.l.n.r.) den Präsidenten der Deutsch-Kanadischen Gesellschaft **K.L. Barths**, Botschafter **J.G.H. Halstead**, der das Diplom überreichte, **H.-P. Trutnau** und **Peter Trampe**, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Kan. Gesellschaft.

In memoriam

Die 40. Wiederkehr seines Todestages am 12. November bot Anlaß zu ehrendem Gedenken sowohl in Peking wie in seiner Heimatstadt Montreal. Der „Held der chinesischen Revolution“, der kanadische Lungenfacharzt **Dr. Norman Bethune**, in der Volksrepublik China der wohl bekannteste Ausländer, hatte von 1937 bis 1939 auf der Seite chinesischer Revolutionäre, die gegen die Japaner kämpften, als Truppenarzt gearbeitet, bis er im Alter von 49 Jahren an einer Infektion starb. Während in der chinesischen Hauptstadt Bethunes Verdienste in einer öffentlichen Feierstunde gewürdigt wurden, fanden sich in der Montrealer McGill-Universität ehemalige Kollegen und Schüler zu einem Bethune-Colloquium ein, in dem vor allem Bethunes medizinische Leistungen zur Sprache kamen.

Prix Goncourt

Der diesjährige französische Literaturpreis „Prix Goncourt“ wurde der kanadischen Schriftstellerin **Antonine Maillet** für ihr Buch „Pelagie la Charette“ zugesprochen. Frau Maillet, die aus Bouctouche, New Brunswick, stammt, schildert in ihrem preisgekrönten Buch die Vertreibung der Akadier. Sie ist seit 13 Jahren die erste Frau, die diese Auszeichnung erworben hat.



Touristen-Boom

Eindrucksvolle Zuwachsraten verzeichnet in diesem Jahr die Statistik Kanadas bei Touristen aus dem deutschsprachigen Raum. So kamen zwischen Januar und September insgesamt 207 412 bundesdeutsche Gäste zu Besuch nach Kanada, das waren gut 28 Prozent mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Bei den Touristen aus der Schweiz waren es 27,5 Prozent mehr (insgesamt 43 060), aus Österreich kamen 12 232 Besucher (Steigerung von 39,5 Prozent).

Die höchsten Zuwachsraten wurden für den Juli ermittelt: In diesem Ferienmonat reisten 53 022 Touristen aus der Bundesrepublik nach Kanada, das waren 40,2 Prozent mehr als im Vorjahres-Juli. Insgesamt rechnet das kanadische Touristik-Management für das Jahr 1979 mit 230 000 deutschen Besuchern.

Heldenhaft

„Es war warm. Ich wollte retten, was ich konnte“, kommentierte lakonisch **Larry Krupa**, ein 27jähriger Eisenbahner aus London, Ontario, seine Heldentat inmitten des Infernos, das das Explosionsunglück in Missauga, einem Vorort von Toronto, ausgelöst hatte. Der besonnene Eisenbahner

hatte mitten in einem Flammenmeer 27 mit Propangas gefüllte Eisenbahntankwagen des entgleisten Güterzuges abgekoppelt, die dann aus dem unmittelbaren Gefahrenbereich gebracht werden konnten und damit etliche hundert Wohnhäuser in der unmittelbaren Umgebung des Unglücksortes gerettet. – Das schwere Explosionsunglück, das die vorübergehende Evakuierung von über 200 000 Menschen notwendig gemacht hatte, hatte vor allem deshalb Schlagzeilen gemacht, weil weder Tote noch Verletzte zu beklagen waren und jegliche Plünderung der tagelang leerstehenden Häuser unterblieben war.

Schriftstellerin

In ihrer ersten Pressekonferenz beantwortete **Atane Kapesh** alle Fragen in der Sprache ihres Stammes. Englisch hat die 53 Jahre alte Indianerin, die die erste Hälfte ihres Lebens mit Jagen und Fischen im Familienverband verbracht hat, nie gelernt. Weil sie sich nicht in die „Weiße Gesellschaft“ integrieren kann, hat sie ein Buch verfaßt, mit dem Titel „Die Geschichte der Enteignung eines Volkes“. Die Mutter von neun Kindern war schon 1953 ins Malitena Reservat in die Nähe von Septiles gezogen und lebt heute in der gleichnamigen Stadt.

Beifall

„Der Ton macht die Musik in seiner Lyrik“, wie es ein Kritiker unlängst beschrieb, und mit seinen poetischen Liedern, die international längst zu Hits geworden sind, füllte er im Spätherbst die Konzertsäle in der Bundesrepublik. **Leonard Cohen** begab sich auf Deutschland-Tournee, und der Erfolg, den er und die ihn begleitende Band „Passenger“ damit beim Publikum und bei der Musikkritik erzielte, war überaus eindrucksvoll. Diesen Erfolg verdankt der kanadische Liedermacher vor allem der weitgestreuten Vielfalt seines immer lyrischen Repertoires, in dem neben altbekannten poetischen Songs auch kritisch klagende Lieder ihren ganz besonderen Stellenwert haben.